DM 1.50

Spt. 80



Inhaltsangabe

Ermittlungen gegen die

Dresdner Bank

AM 15.9. ERÖFFNETE DIE



IHRE FILIALE IM SCHULTERBLATT

Dresdner Bank

Neue Fenster, neue Türen, neue Inneneinrichtung, denn vor kurzem hat's dort gebrannt

„HINTER DEM ERSTEN DEUTSCHEN TANK KAM SOFORT DIE DRESDNER BANK."

Refrain aus einem Lied der tschechoslowakischen Widerstandsbewegung 1938; er drückt eine seit vielen Jahrzehnten verschüttete historische Wahrheit aus: daß sich die Dresdner Bank nach 1932 in wenigen Jahren zu einem Unternehmen mauserte, das mit seinem Know-how und seinen Krediten den Nazis und der SS bei deren Plünderungsaktionen führend zur Seite stand.

Textauszüge aus – OMGUS :
Ermittlungen gegen die Dresdner Bank. Hg v. H.Enzensberger
Verlag F. Greno , 1986
DM 25.00

Aus der Geschichte der DRESDNER BANK

(Aus den Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, durchgeführt von der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, 1946)

Die Ermittlungen gegen die Dresdner Bank haben ergeben, daß sie eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellt und daß sie an Kriegsverbrechen beteiligt war.

Die Dresdner Bank ist die zweitgrößte Geschäftsbank Deutschlands. Noch 1931–1932 war sie dem Konkurs nur durch zwei finanzielle Sanierungen entgangen; während des Nazi-Regimes jedoch entwickelte sie sich zu einer hochkonzentrierten Wirtschaftsmacht, deren Anteil an den gesamten Aktiva aller Geschäftsbanken in Deutschland sich auf 14% oder 8,6 Milliarden Reichsmark belief. Allein in den sechs Jahren von 1938–1944 verdreifachten sich die Aktiva der Dresdner Bank, und ihre Einlagen stiegen im gleichen Maß. Die beherrschende Stellung, zu der sie in den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft aufstieg, resultierte aus ihrer skrupellosen Ausnutzung aller Bereicherungsmöglichkeiten, die das Nazi-Regime ihr bot, zunächst innerhalb Deutschlands, später in allen eroberten Ländern Europas.

Die Dresdner Bank war für die gesamte militärische Flugzeugindustrie in Deutschland von den ersten Anfängen bis in die letzten Kriegsmonate hinein die Hauptemissions- und Hausbank. Von 1934 an leitete sie das Bankenkonsortium zur Finanzierung des ersten Konzerns für synthetische Treibstoffe, Brabag, der die ganze deutsche Braunkohleindustrie umfaßte. 1937 plante sie gemeinsam mit Admiral Raeder vom Oberkommando der deutschen Kriegsmarine die Beschaffung und Tarnung großer Ölreserven in Mexiko und dem Irak, um die Versorgung der deutschen Kriegsmarine im Kriegsfalle sicherzustellen. Sie leitete das Bankenkonsortium, das 1937 das Grundkapital der Hermann Göring-Werke finanzierte, obwohl deren Kreditwürdigkeit allgemein in Zweifel gezogen wurde. Die Gründung dieses Unternehmens, das zum zweitgrößten Stahlproduzenten Deutschlands wurde, diente ausdrücklich dem Zweck, eine ausreichende Versorgung der deutschen Rüstungsindustrie mit Eisenerz zu gewährleisten. Während der Expansionsphase des Unternehmens übernahm die Dresdner Bank als Hausbank der Hermann Göring-Werke unmittelbar nach der Annexion der Tschechoslowakei im Auftrag ihres Klienten die acht größten Kohle-, Stahl-, Werkzeugmaschinen- und Rüstungskonzerne des Landes einschließlich der Skoda Werke.

Unter den Kreditinstituten in Deutschland beteiligte sich die Dresdner Bank besonders rege an der Ausbeutung und Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen in den eroberten Ländern Europas. Von 1937 bis 1942 stieg die Zahl ihrer Auslandsfilialen auf das Achtfache. Als Ziele ihrer Auslandstätigkeit – integraler Bestandteil der von den Nazis verfolgten Absicht, Europa zu beherrschen – definierten Göring, Funk und andere führende Nazis:

1. die ökonomischen Ressourcen der eroberten Länder für das deutsche Kriegspotential nutzbar zu machen;
2. die Wirtschaft dieser Länder in die Deutschlands zu integrieren und eine permanente Kontrolle des Industrie-, Handels- und Bankwesens in diesen Ländern einzurichten.

In der Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Holland und Luxemburg führte die Dresdner Bank diese Richtlinien durch, indem sie zahllose Banken und Industriebetriebe rücksichtslos an sich brachte.

Mit ihren Zweigniederlassungen und Filialen bildete sie sowohl in Deutschland als auch in den eroberten Ländern die treibende Kraft zur Zwangs»arisierung« von Unternehmen in jüdischem Besitz. Viele große und kleinere Firmen gingen in ihren Besitz über, nachdem die jüdischen Eigentümer ins Gefängnis oder in Konzentrationslager verschleppt worden waren, wo man sie unter Androhung der Todesstrafe zwang, ihre Geschäftsanteile der Dresdner Bank zu übertragen. Sie nutzte ihre Beziehungen zur Partei und zur SS, um Unternehmen ausfindig zu machen, die sich zur »Arisierung« eigneten, und vermittelte »Käufer«, denen sie die notwendigen Kredite zur Fortführung der Geschäfte garantierte, um dann Gebühren entsprechend dem Wert des vermittelten Objekts zu erheben.



Das enorme Wachstum und die Expansion der Dresdner Bank in der Zeit von 1933–1942 waren nur aufgrund der engen Verbindungen möglich, die sie zu Regierung, Partei, SS und ihnen angeschlossenen Organisationen unterhielt. Keine andere große Geschäftsbank in Deutschland war so rückhaltlos in ihrer Politik, ihrem Personal und ihren Praktiken auf den Nationalsozialismus eingeschworen wie die Dresdner Bank. Drei Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates waren SS-Brigadeführer und sieben gehörten dem berüchtigten Kreis um Himmler und Keppler an. Zu den vier einflußreichsten Persönlichkeiten der Dresdner Bank gehörten SS-Brigadeführer Fritz Kranefuß, SS-Brigadeführer Emil Meyer und SS-Obersturmbannführer Karl Rasche. In einem Zeitraum von neun Jahren besorgte die Dresdner Bank SS-Organisationen Kredite in Höhe von mehreren 10 Millionen Reichsmark und ließ dem Himmler-Kreis aus eigenen Mitteln jährlich 50 000 Reichsmark für »besondere Zwecke« zukommen.

Über ihre Filialen und Zweigniederlassungen diente die Dresdner Bank in den Vorkriegsjahren als Stützpunkt zur Verbreitung von Nazi-Propaganda in Südamerika, den Balkanländern und im Nahen Osten, wobei viele ihrer leitenden Angestellten und Mitarbeiter in diesen Ländern führende Rollen übernahmen.

Die Dresdner Bank setzte ihre außerordentliche wirtschaftliche Macht in Deutschland und den eroberten Gebieten Europas dazu ein, der Durchführung der kriminellen Absichten des Nazi-Regimes Beihilfe zu leisten. Sie handelte als Komplize bei der Ausführung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. Die direkte Verantwortung für diese Verbrechen liegt bei den Vorstandsmitgliedern der Dresdner Bank, die sie anordneten, bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates, die sie billigten und sich daran beteiligten, und bei den leitenden Mitarbeitern, die sie ausführten.

OFFENER BRIEF

Das kurdische Volk steht nicht ohne Verteidiger da

Wie der Öffentlichkeit und der Presse bekannt ist, versuchte man am 15. August 1986 in Hamburg ein gegen die kurdischen Patrioten und die führende Organisation des kurdischen Volkes, die PKK, gerichtetes Komplott zu inszenieren. Mit diesem Komplott, das eine klassische Polizeiintrige darstellt, hat man versucht, den gerechten und legitimen Kampf des kurdischen Volkes zu beschmutzen. Die Europavertretung unserer Front, der ERNK, informiert über dieses Ereignis. Es ist unsere Aufgabe gegenüber der fortschrittlichen Menschheit und dem kurdischen Volk, die demokratische Öffentlichkeit über dieses Komplott zu informieren. Demgegenüber ist es die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, angesichts dieses Komplotts gegenüber der Menschheit und unserem Volk Stellungnahme zu beziehen. Wie der gesamten Weltöffentlichkeit bekannt, führt das Volk von Kurdistan einen Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht gegen den faschistischen, türkischen Staat, der sich insbesondere seit dem 15.8.1984 verstärkt hat. Aus diesem Grund hat der türkische Staat die Unterdrückung in Kurdistan intensiviert und startet Versuche, diverse Provokationen und Komplotte zu inszenieren, um den legitimen Kampf des kurdischen Volkes zu beschmutzen. Er bombardierte am 15. August 1986 Süd-Kurdistan und verstärkte die Massaker in Nord-Kurdistan, mordete zahlreiche Kinder und Frauen, um den Befreiungskampf unseres Volkes zu verhindern. Parallel dazu bereitete er auch in Hamburg ein Komplott vor. Die Aufführung dieses Komplotts an einem Tag, an dem die Bombardierungen der türkischen Phantomjäger gegen die PKK-Lager in Süd-Kurdistan stattfanden und in Nord-Kurdistan über 200 zivile Kurden ermordet wurden, legt offen dar, das dieses Komplott nach Plan durchgeführt wurde.

Das einzige bezweckte Ziel ist die Verschleierung der türkischen Barbarei vor den Augen der demokratischen Öffentlichkeit, die Ablenkung der Aufmerksamkeit dieser demokratischen Öffentlichkeit in eine andere Richtung und die Beschmutzung des legitimen Kampfes unseres Volkes.

Aus den uns vorliegenden Beweisen lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Die vom türkischen Konsulat in Gang gesetzten türkischen Agenten legen in ein Schließfach im Hamburger Hauptbahnhof eine Tasche, worin sich eine Waffe, eine Bombe und ein Brief befindet. Danach schreiben sie einen Brief und setzen die Polizei in Bewegung. Ein Dialog beginnt zwischen der Polizei, die sich unter der Leitung des Hamburger Innensenators befindet, und dem türkischen Konsulat, um die praktische Planung des Komplotts durchzuführen. Die türkischen Agenten verfassen einen Brief und schicken diesen an den Arbeiterverein aus Kurdistan e.V., der völlig im Rahmen der deutschen Gesetze demokratische Aktivitäten mit den kurdischen Patrioten durchführt. Der Inhalt des Briefes war der Hamburger Polizei sehr wohl bekannt. In diesem Brief befand sich auch der Schlussel des Schließfaches.

Der Kurde Faruk Bozkurt, der von nichts ahnte, sich nicht einmal denken konnte, daß ein solches Komplott mit derartigen Methoden verwirklicht werden kann, begab sich auf den Weg zum Bahnhof, um das genannte Paket abzuholen. Wie die Jäger, die seit Tagen auf ihre Beute warten, nahmen die bereits wartenden Polizisten ihn mit und versuchten mit einer großen Demagogie, dieses Ereignis, von dem Faruk Bozkurt betroffen wurde, als Mittel zu benutzen, um das kurdische Volk zu beschmutzen und die türkische Barbarei zu verheimlichen. Die Erklärungen des Hamburger Innensenators und der unter seiner Leitung stehenden Hamburger Polizei lassen erkennen, daß sie bei diesem Ereignis eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Wenn F. Bozkurt wirklich eine solche Aktion im Sinn gehabt und von seiten anderer Kräfte Direktiven erhalten hätte, warum wurde er dann nicht verfolgt; wurden all seine Beziehungen nicht aufgedeckt und wurde nicht festgestellt, ob er wirklich eine solche Aktion durchführt oder nicht? Man kann noch viele diesbezügliche Fragen aufstellen und jede Antwort würde lauten, daß hier ein Komplott plangemäß durchgeführt wurde. Diese und ähnliche Fragen müssen dem Hamburger Innensenator gestellt werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß Sie gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit, Ihre Aufgabe erfüllen werden.

Wie bekannt, ist der Hamburger Innensenator neu in seinem Amt. Die Hamburger Polizei und der an ihrer Spitze stehende Innensenator, die mit ihren Skandalen und Komplotten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in letzter Zeit auf sich zogen, versuchten dieses Mal, mit diesem Komplott die Kurden für ihre Zwecke zu benutzen. Aus der Sicht des türkischen Staates und des Hamburger Konsulats ist ein solches Komplott sehr normal und entspricht der historischen, aber schmutzigen Tradition der türkischen Herrschaft, weil der türkische Staat und die Kurden unerbittliche Feinde sind und der türkische Staat ein Architekt von Provokationen ist. Das Mitwirken des Hamburger Innensenators und der Polizei zeigt ganz offen, daß die türkische Lobby, an deren Spitze sich das türkische Konsulat in Hamburg befindet, bei ihrer Aktivität gegen die Kurden durch einen dunklen Tunnel fährt. Es ist offenkundig, daß in Hamburg seit Jahren eine türkische Lobby existiert, die auf der Basis der Feindschaft gegen das kurdische Volk gegründet wurde, und daß diverse Kräfte zum Werkzeug dieser Lobby gemacht werden. Diese türkische Lobby hat sich bereits vor Jahren zum Ziel gesetzt, durch Provokationen gegen das kurdische Volk, seinen Kampf und gegen die kurdischen Patrioten Aktivitäten durchzuführen. Das Ziel dieser Provokationen ist, wie die türkische Presse gesteht, die Unterdrückung der kurdischen Patrioten und die Verhinderung ihrer im Rahmen der Gesetze in der BRD durchgeführten demokratischen Aktivitäten, die Darstellung der Kurden als Menschen, die in jedem Moment gefährliche Dinge anstellen könnten und die Verstärkung der Unterdrückung der Polizei, um diese

Menschen einzuschüchtern. Man versucht ein politisches Klima zu schaffen, um, ähnlich wie bei der Diskriminierung der amerikanischen Schwarzen, die Kurden zu diskriminieren und die Bruderschaft der kurdischen und deutschen Völker zu verletzen. Es sei vorweg betont, daß sowohl einzelne kurdische Patrioten, als auch unsere Front, die ERNK, sowie unsere Partei, die PKK, alles vermieden haben, was die Öffentlichkeit stören könnte oder einer Gefahr aussetzen würde. Sie haben sich gegenüber solchen Situationen sehr wachsam verhalten. Trotz dieser offenen Tatsachen versuchen einige Kreise mit ihren Demagogien, die demokratische Öffentlichkeit irrezuführen. Es sei ebenfalls betont, daß diejenigen, die die Ruhe des deutschen Volkes stören und Komplotte schmieden, für Skandale und Sensationen sorgen, an erster Stelle der türkische Staat und diese türkische Lobby sind. Es ist sehr bemerkenswert, daß diese Provokationen und Komplotte in einer Zeit auf die Tagesordnung treten, in der der legitime Kampf unseres Volkes auf internationaler Ebene von seiten der demokratischen Kräfte Unterstützung findet und in der die türkische Presse stets erklärt, daß "Die PKK auch in Europa verfolgt wird, die Spezialteams auch in Europa sind, die Separatisten auch in Europa beobachtet werden". Unser Brief wird nicht nur der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, um auf die Provokationen in Hamburg aufmerksam zu machen, sondern auch, um hinsichtlich der Pläne des türkischen Staates in Europa die demokratische Öffentlichkeit im voraus zu informieren und zu sensibilisieren...

Mit der verstärkten Erhebung des Kampfes unseres Volkes in Kurdistan wird auch der türkische Staat auf internationaler Ebene diese und jene Komplotte auf die Tagesordnung bringen; dies ist eine von der politischen Realität und täglichen Praxis herzuleitende Tatsache. Die Aufgabe der demokratischen Kreise und der fortschrittlichen Menschheit besteht darin, wachsam gegenüber solchen Provokationen zu sein. Sie müssen den türkischen Staat und seine Lobby (MIT (Türkischer Geheimdienst), das türkische Konsulat, Dev-Isci, TAZ, GAL Hamburg, der Innensenator von Hamburg und einige andere finstere türkische und deutsche Personen und Institutionen), die die Ordnung der Öffentlichkeit in Europa durch ihre Provokationen stören, zur Rechenschaft ziehen. Das Beweismaterial besagt eindeutig, daß das Komplott von Hamburg ein vorbereitetes und von seiten der türkischen Agenten geplantes Komplott war. Aus diesem Grunde ist das Beharren darauf, die Tatsachen zu erfahren, eine gegenüber der Öffentlichkeit und der fortschrittlichen Menschheit zu erfüllende Aufgabe und gleichzeitig ein Schritt auf dem Weg, die zu erwartenden folgenden Komplotte des türkischen Staates zu verhindern.

Faruk Bozkurt, den man am 15.8.1986 in Hamburg zum Opfer eines Komplotts machen wollte, ist ein junger Kurde, der ein goldenes Herz besitzt und sich zu seiner wahren Volksidentität bekennt. Die türkische Lobby in Hamburg bezweckt, diesen jungen Kurden im Labor der Komplotte als Versuchskaninchen zu benutzen. Es ist eine offene Tatsache, daß weder die Menschenrechte noch die international geltenden Gesetze und ebensowenig unsere Front diesen dunklen Kräften erlauben dürfen, mit diesem jungen Menschen solche Versuche zu begehen. Unsere Front ist auch dafür verantwortlich, die Rechte des kurdischen Volkes und der kurdischen Patrioten auf internationaler Ebene zu verteidigen. Dieses Volk steht nicht ohne Verteidiger da und dieses Volk und unsere Front wird nicht erlauben, daß es zu einem Werkzeug für dunkle und schmutzige Intrigen dieser oder anderer Kräfte gemacht wird. Die Europavertretung unserer Front wird darauf beharren, den Fall Faruk Bozkurts zu klären. Wir können es nicht erlauben, daß unschuldige und goldherzige kurdische Jugendliche wie Faruk Bozkurt vor unseren Augen im Gefängnis gehalten werden. Demgegenüber kann weder unsere Front noch die fortschrittliche Menschheit schweigsam bleiben. Diese Frage wird, wenn es sein muß, zu einer internationalen Frage gemacht und eine Anklage beim Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Auch Ihnen fallen bei der Freilassung Faruk Bozkurts und der Aufdeckung dieses Komplotts und der Entlarvung der wahren Schuldigen wichtige Aufgaben zu. Unsere Front erklärt sich bereit, Ihnen dabei jegliche Unterstützung zu gewähren. Sie wird eine beharrliche Aktivität mit völlig demokratischen Methoden durchführen, um die Tatsachen herauszubekommen. Wir hoffen, daß auch Sie Ihre demokratische und fortschrittliche Aufgabe in der Sache Faruk Bozkurts erfüllen.

Mit solidarischen Grüßen
15. August 1986
ERNK-Europavertretung

Kontaktadresse:
KURDISTAN-REPORT
Aachener Str. 514-520
5000 Köln 41

Bauspielplatz Bartelsstraße:

DER BAUSPIELPLATZ GEHT AUFS WASSER!

Dass der Bauspielplatz baden geht, hören wir schon seit seinem Bestehen. Dass uns das Wasser bis zum Hals steht, spüren wir täglich. Neu ist, dass wir es jetzt wie Noah bei der Sintflut machen: Wir gehen aufs Wasser!



Zwar können wir nicht den ganzen Platz auf die Alster verlagern, aber für 6 qm ist unser FLOSS ausreichend. (Hoffentlich ziehen uns das die Behörden nicht auch noch von unserer Fläche ab...)

Die Idee dazu hatten wir schon seit längerem, den letzten Anstoss zur Verwirklichung gab das "Sperrmüllfloss", das vor den Ferien im Hafen zu bewundern war. Im Prinzip dachten wir uns das ganz einfach: 6 Öltonnen, damit es schwimmt; ein paar Balken und Bretter, damit man nicht auf den Tonnen sitzen muss, und ein Antrieb ohne Kosten und Umweltprobleme. Aber die Teufelchen tobten sich in den Details aus. So fehlten z.B. zwei Fassverschlüsse, es fehlten Fahrradteile für den Antrieb, Antrieb und Bank standen zu eng usw. usw. In der vielfach erprobten Hartnäckigkeit kämpften wir Teufel für Teufel nieder. Am 18.9. schliesslich lief das HINKELFLOSS vom "Stapel", genauer gesagt, es kippte über zwei Bretter, die dabei zerbrachen, vom Rand eines Bootsstegs in den Isebekkanal. Um kein Risiko einzugehen, wurde keine Sektflasche, sondern ein wassergefüllter Ballon zur Taufe benutzt. Es wäre doch zu ärgerlich gewesen, eine heile Sektflasche neben den Trümmern unseres Flosses schwimmen zu sehen....

Woher der Name HINKELFLOSS ?

Weder hüpft das Floss auf einer Tonne, noch haben wir die Asterix- Autoren auf unserer Spenderliste. Wir wollten mit dem Namen vielmehr an zwei unserer treuesten Besucher erinnern, Jan und Andre Hinkelmann, die sehr fleissig am Floss mitgebaut haben, beim Stapellauf aber verhindert waren, weil ihre Eltern gerade dabei waren, mit ihnen nach Australien auszuwandern. Wir drücken ihnen die Daumen, dass sich ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben erfüllen!

Für uns wünschen wir, dass sich unsere Hoffnungen in unser Floss erfüllen: Wir möchten im Herbst, solange es das Wetter zulässt, kleinere und grössere Fahrten auf den Kanälen und der Alster unternehmen. Pro Fahrt können ca. 4- 6 Kinder mitfahren, mit Schwimmweste natürlich! Dass man am Wasser gut aufpassen muss, merkten wir beim Zusammenbau mehrfach: eine Bohrmaschine, ein Schraubenzieher und ein Junge fielen ins Wasser (12°C...) Während in den beiden ersten Fällen Erwachsene schuld waren, lag es beim Jungen an ihm selber. Immerhin werden wir seinen Fall in Zukunft als abschreckendes Beispiel verwenden können.

Ernsthafte Sorgen macht uns zur Zeit noch die Suche nach einem sicheren Liegeplatz möglichst nahe beim Kaifu. Wer was weiss, bitte melden!

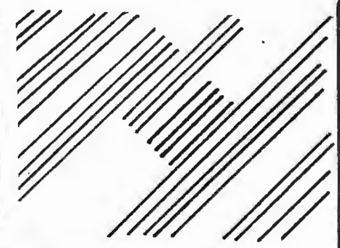
Das Floss soll übrigens ausser dem Spass noch einem anderen Zweck dienen: Es soll möglichst viele Leute auf die Situation unseres Platzes aufmerksam machen, mit der wir uns noch immer nicht abgefunden haben... H.

BESCHLAGNAHMT

am: 19/7 von:

nach: § 88 a, 130, 126, 140 StGB

Durchsuchungen in Buchläden



DURCHSUCHUNGEN IN LINKEN BUCHLÄDEN - BESCHLAGNAHME DER ZEITUNG „RADIKAL" - VERFÜGUNG EINER POSTKONTROLLE - DIVERSE ERMITTLUNGSVERFAHREN WEGEN § 129 a StGB

Die erste Durchsuchung fand am 31.7. im 'Schwarzmarkt' statt. Drei Herren in Zivil kamen, hatten ein ellenlanges Fernschreiben der Bundesstaatsanwaltschaft in der Hand, in dem mit x-Begründungen die Beschlagnahme der Zeitung 'Radikal' verfügt wurde - wenn sie gefunden wird.

Zwei Wochen später wurden dann gezielt drei weitere Buchhandlungen heimgesucht: 'Gegenwind', 'Nautilus' und 'Osterstraße'. Das Vorgehen entsprach der ersten Aktion: Ohne Durchsuchungsbefehl kamen die Bullen in die Läden, fragten nach der 'Radikal', hielten welche in der Hand und beschlagnahmten sie: § 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung bzw. ihre Unterstützung).

Durchsuchungen in linken Buchläden sind in unseren Zeiten nichts Ungewöhnliches mehr. Neu ist der Umfang der Aktion und neu ist auch - nach unseren Kenntnissen - das Vorgehen der Politischen Polizei. Im gesamten Bundesgebiet wurden in den Monaten Juli/August bisher ca. 3o Buchhandlungen und Infoläden durchsucht. Dabei wurde auf polizeiliche Ermittlungen zurückgegriffen, die in Zusammenarbeit mit Postdienststellen stattgefunden haben.

Irgendwie wurde der Inhalt eines Paketes, das die 'Radikal' enthielt, bekannt. Es wurden dann anhand der Paketkarte weitere Paketkarten mit gleichem Absender und anhand einer Beschreibung des gefundenen Paketes weitere Pakete ausfindig gemacht. In den Paketämtern der Post zirkulierte ein Rundschreiben, in dem bis ins letzte Detail Verpackung und Beschriftung der gesuchten Pakete angegeben waren. Postbeamte wurden von der Polizei stundenlang verhört und nach der Auslieferung dieser Pakete befragt: Ob ausgeliefert wurde, ob bekannt gewesen sei, welchen Inhalt die Pakete gehabt hätten, an wen persönlich die Pakete ausgehändigt wurden usw.

Durch einen Fehler der Absender wußten die Bullen, welche Anzahl an Zeitungen in den jeweiligen Paketen enthalten war. Sie konnten so gezielt in die Läden gehen und sagen: "Sie haben die und die Menge von der 'Radikal' erhalten, wo sind sie?"

Bekannt ist, daß bisher gegen vier Hamburger Buchhändler und Buchhändlerinnen Ermittlungsverfahren laufen ('Schwarzmarkt', 'Osterstr.'). Eine Akteneinsicht, die von beauftragten Rechtsanwältinnen gefordert wurde, "vermag" man noch nicht "zu bewilligen" - die Ermittlungen laufen noch. Dabei basteln die Schnüffler fleißig an ihren Beschuldigungen: Da bekannt ist, welche Anzahl an Zeitungen versandt wurden und angesichts der aufgefundenen Exemplare vermuten sie, daß die Verbreitung der "Druckschrift" zumindest teilweise erfolgt ist. Für sie reicht das zu dem Verdacht aus, daß damit die "terroristische Vereinigung RAF" unterstützt, für diese Vereinigung und für die RZ geworben, der Staat "verunglimpft" und "öffentlich zu Straftaten aufgefordert" worden sei.

Ein Ermittlungsverfahren läuft ebenfalls gegen den Buchladen 'Die Distel' in Detmold.

Gegen einen Buchladen in Hamburg ('Osterstraße'), das ist sicher, wurde Anfang September eine Postkontrolle angeordnet ("alle eingehenden Sendungen bitte der Amtsleitung vorlegen") - Kontrolle "b.a.w." Daß andere Buchhandlungen ebenfalls kontrolliert werden, ist zu vermuten.

Warum das ganze Theater?

In den letzten Monaten ist so einiges passiert. Da war der Anschlag gegen den Siemens-Manager Beckurts, hier und dort wurden Hausfassaden beschädigt, andernorts knickten Strommasten um. Die Bourgeoisie ist verunsichert, ihre politischen und staatlichen Organe brauchen Erfolgsmeldungen, um die Kratzer an ihrem Regime-Gebäude zu retuschieren.

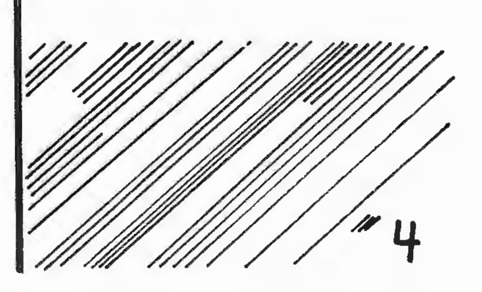
Konkret wollen sie etwas über die Infrastruktur innerhalb der Linken wissen, wie z.B. der Verteiler einer linken Zeitung aussieht, sie wollen natürlich auch Unsicherheit und Angst verbreiten.

Wie geht's weiter?

Über den juristischen Gang der Dinge ist noch nichts klar. Wir, d.h. die Leute, die in den Buchläden arbeiten, haben uns bereits in Hamburg einige Male getroffen und wollen uns in den nächsten Wochen auf Bundesebene treffen, um zu hören, wie es woanders gelaufen ist, welche Schritte in anderen Läden unternommen wurden. Einbezogen werden sollen auch die Einzelpersonen, bei denen privat (aus gleichem Anlaß) Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Nur nicht isolieren lassen!

Wir werden über dieses Treffen informieren, darüber, was dort beschlossen wurde, wie wir weiter gegen diese Unterdrückungsaktion der Polizei vorgehen wollen - entweder über Flugblätter oder über die TAZ: Bei der TAZ warten wir allerdings schon seit zehn Tagen auf einen zugesagten Artikel, der sich mit der ganzen Sache ausführlich auseinandersetzt.

Hamburg, 26.9.1986



FRIEDENSINITIATIVE SCHANZENVIERTEL



Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung - gemeinsam sind wir stärker !



Seit der verheerenden Katastrophe von Tschernobyl kann wohl nur noch ein Zyniker von der "friedlichen" Nutzung der Kernenergie sprechen. Doch auch sonst sind die Zusammenhänge zwischen den Gefahren der Kernenergie und der Bedrohung durch Atomwaffen außerordentlich groß - ein Grund dafür, daß die Friedens- und die Anti-AKW-Bewegung eng zusammenarbeiten sollten.

Beispiel WAAckersdorf: Wirtschaftlich gesehen ist die Wiederaufbereitung völlig unsinnig. Der atomare Brennstoff, den man in Wackersdorf gewinnen könnte, wäre um ein Vielfaches teurer als Uran auf dem Weltmarkt. Notwendig wäre die Wiederaufbereitungsanlage nur für die Gewinnung von Plutonium, das man beim Einstieg in die Brütertechnologie bräuchte. Ein solcher Einstieg in die Plutoniumwirtschaft hätte weitreichende innenpolitische Folgen. Denn im Gegensatz zum Kernbrennstoff Uran ließen sich mit Plutonium relativ leicht Atombomben basteln. Gigantische Sicherheitsmaßnahmen wären deshalb nötig, um beispielsweise zu verhindern, daß Bombenrohstoff in die Hände von Terroristen fiele. Der damit verbundene Abbau von persönlichen Freiheitsrechten würde so die Demokratie aushöhlen und den inneren Frieden gefährden.

Doch auch finanziell hat sich der schnelle Brüter von Kalkar als Fiasko erwiesen. Statt den veranschlagten 300 Mio. verschlang der Koloss von Kalkar 7 Mrd. und ist dennoch technisch veraltet. Weitere Brüter wird man darum nicht bauen. Doch selbst wenn Kalkar ans Netz gehen sollte (was hoffentlich wohl noch zu verhindern ist), bräuchte man keine WAA. Für den Betrieb von Kalkar würde die Kapazität der Atomfabrik Nukem bei Hanau völlig ausreichen. Warum dann die WAA?

Ist es Zufall, daß 1995, wenn die WAA etwa fertig sein soll, der 1970 gegen die Stimmen der CDU/CSU unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag, der der BRD die Produktion von Atomwaffen verbietet, ausläuft? Und ist es ferner Zufall, daß ausgerechnet Strauß einer der vehementesten Verfechter der WAA ist? Denn Strauß war schon zu seiner Amtszeit als Atom- und Verteidigungsminister Befürworter einer bundesdeutschen Atombombe. So könnte die WAA das für den Atombombenbau nötige Plutonium liefern, und Strauß sich so seinen Traum an seinem Lebensabend erfüllen - ein grausiger Gedanke!

Doch auch ohne eigene Bombe und trotz Atomwaffensperrvertrag hat die BRD durch den Export von AKWs, Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen ein "Bomben"-Geschäft gemacht. Dabei scheute sie sich auch nicht, in Militärdiktaturen wie das damalige Argentinien und Brasilien zu liefern und so diese Länder bei der Entwicklung einer eigenen Atombombe tatkräftig zu unterstützen. Aber auch andere Länder, allen voran Frankreich, haben zahlreiche "zivile" Atomanlagen exportiert. So war es z.B. ein "völlig harmloser Forschungsreaktor" der Franzosen, der Indien zur Atommacht Nummer 6 machte, wie dies 1974 in einem Kernwaffentest unter Beweis stellte. Während Indiens Regierung ungeheure Summen in Atomtechnologie und Rüstung steckt, verhungern in Indien weiter Menschen - eine erschreckende Bestätigung der These "Rüstung tötet bereits in Friedenszeiten".

Nur noch wenige Jahre für die Entwicklung der Bombe werden Brasilien, Argentinien und Pakistan(in Zusammenarbeit mit Libyen) brauchen, wahrscheinlich fertig sind die Bomben von Südafrika und Israel.

Auch die zivile Nutzung der Kernenergie gefährdet also den Frieden, eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung ist demnach gar nicht möglich: "Mittel und Verfahren, die einem Land erlauben, spaltbares Material zu erzeugen, haben alle militärische Bedeutung, selbst wenn sie im Rahmen eines Zivilprogramms erworben werden"(Theodor Winkler, Atomexperte beim Institut für internationale Studien in Genf).

Warum der Hunsrück als Demonstrationsort?

Mit der Demo am 11.oktober findet nicht nur erstmals in diesem Jahr eine große bundesweite Friedensdemo statt, sondern die Demo findet auch am unmittelbaren Ort des Geschehens, der Nachrüstung, statt. Im Hunsrück, bereits jetzt mit über 60 militärischen Anlagen der USA, von Frankreich, der NATO und der BRD überzogen, werden die 96 Cruise Missiles stationiert. Die ersten sind bereits eingetroffen - bis 1987 sollen alle stationiert sein.

Schon immer war der Hunsrück militärisches Aufmarsch-, Kampf-, und Rückzugsgebiet gewesen und ist es immer noch. Erst ging es gegen den"Erbfeind Frankreich", wozu in der Vergangenheit extra die Hunsrückhöhenstraße von den Nazis gebaut wurde, und nun richten sich die Waffen gegen den Osten.

Allein 17000 ausländische Soldaten sind hier stationiert. Bereits heute sind im Hunsrück taktische Atomwaffen stationiert (Trägersystem F-16-Flugzeuge), mit den Cruise Missiles kommen nun Mittelstreckenwaffen hinzu, die sogar Moskau erreichen können.

Zeigen wir den Regierenden, daß wir uns mit dieser Stationierung nicht abfinden werden. FRIEDEN BRAUCHT BEWEGUNG. Nur durch unser eigenes Handeln werden unsere Forderungen unüberhörbar. Im Jahr vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag müssen die Weichen gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß keine Regierung mehr den Willen der Bevölkerung übergehen kann.

1986 muß zum Jahr des Friedens werden!

UNSERE AKTION

Am Samstag, den 20. September, haben wir eine Aktion vor "Penny" Ecke Amandastr./Weidenallee durchgeführt. Eine Aktion, die allen Beteiligten viel Spaß gemacht hat.
Die Freude und Lust, den Friedenskampf immer neu zu gestalten, diesen Spaß und die Überzeugung, das Richtige zu machen, konnten wir auch den Menschen auf der Straße vermitteln.
Was war das nun für eine Sache?
Wir haben Luftballons mit Gas gefüllt, dann wurde ein Zettel mit einem Band drangehängt und Kinder und Erwachsene konnten ihren Wunsch im Jahr des Friedens 1986 draufschreiben.
Im Grunde ist diese Aktionsform nicht neu, aber immer wieder stellten wir fest, daß die Leute über eine derartige Aktion bis zu einem gewissen Grad einbezogen werden können.
Menschen, die sonst wahrscheinlich nicht stehenbleiben würden, kamen an den Info-Tisch und ließen einen Ballon mit ihrem Friedenswunsch steigen.
Wir haben darüberhinaus auch bemerkt, wieviel Angst in der Frage Krieg und Frieden in vielen vorhanden ist, Angst, die wir immer mehr verdrängen und damit auch die vorhandene Gefahr nicht mehr wahrnehmen.
Am Info-Tisch wurden viele, durch die direkte Aktion, plötzlich wieder damit konfrontiert.
Wir werden viele Leute nicht sofort davon überzeugen können, daß sie aktiv werden müssen, daß sie, um etwas zu verändern, sich wehren müssen!
Diese Aktion war nur ein kleiner Beitrag im großen Friedenskampf und vielleicht haben wir es geschafft, daß einige mehr darüber nachdenken!?

(Zu optimistisch? Tja, aus dem Optimismus und dem Positiven schöpfen wir die Kraft!)



Gegen den Atomstaat

GROSSDEMONSTRATION AM 8.11. IN HANAU

Die Herrschenden glauben, sie könnten mit unverantwortlichen Entwarnungen und dem Einsatz von Walter Wallmann nach Tschernobyl wieder zur Tagesordnung ubergehen.

Damit andert sich jedoch nichts an den Folgen der Reaktorkatastrophe und den gesundheitlichen, politischen und wirtschaftlichen Gefahren und Auswirkungen des BRD-Atomprogramms!

- ***Weil wir keine Bedrohung der Menschheit durch atomare Katastrophen wollen,***
- ***weil wir keine gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätze wollen,***
- ***weil wir gegen Atomwaffen sind,***
- ***weil wir gegen die Ausbeutung der „3. und 4. Welt" sind:***

fordern wir die
SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOM-ANLAGEN!!!

Um diese Forderung durchzusetzen, mussen die verschiedenen Bewegungen, wie „alte" und „neue" Anti-AKW-, Friedens- und 3.Welt-Bewegung, Gewerkschafter/innen usw., gemeinsame Aktivitäten entwickeln.

Als Ansatzpunkt dafür bietet sich der Lieferant für den nächsten GAU – das Atomzentrum Hanau – an.

Mit fast 20 Atomanlagen und -firmen in und um Hanau befindet sich hier die großte Zusammenballung der Atomindustrie in Europa:

- *Hier werden die Brennelemente für ALLE bundesdeutschen und viele auslandische AKW's hergestellt!*
- *Dabei werden täglich radioaktive Stoffe an die Umwelt abgegeben!*
- *Hier sind die gefährlichsten Arbeitsplatze der BRD-Atomindustrie (lt. DGB-Arbeitsschutz-Experten)!*
- *Hier vergeht kaum ein Tag ohne „Storfalle"!*
- *Hier konnte jederzeit ein großerer Unfall zur Plutoniumverseuchung Europas führen!*
- *Das hier in riesigen Mengen verarbeitete Uran wird in Indianer-Reservaten und der „3. Welt", insbesondere in Namibia, unter brutalsten Bedingungen ausgebeutet und geraubt*
- *Von hier aus werden Militardiktaturen in der „3. Welt" mit bombenträchtigen Atomtechnologien und -materialien beliefert!*
- *Für eine bundesdeutsche Atomstreitmacht befindet sich in Hanau mit dem hier z.Z. in staatlicher Geheimverwahrung lagernden Plutonium und hochangereichertem Uran eine Keimzelle!*
- *Hier wurde der Bau der WAA Wackersdorf geplant und vorbereitet!*
- *Von hier aus werden alle Atommachte (ob West oder Ost) durch nukleare Zusammenarbeit unterstützt!*

Alle diese Geschäfte werden rechtswidrig von einer verfilzten Atomclique aus Staat und Betreibern in Gang gehalten!

Deshalb ist das Atomzentrum Hanau ein zentraler Ansatzpunkt, um mit einer breiten, bundesweiten Kampagne und einer Großdemonstration gegen alle diese menschenverachtenden Machenschaften anzugehen!

Ausgehend vom bundesweiten Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung (Frankfurt, 27.-29.6.) haben sich Vertreter/innen der Friedens-, 3.Welt- und Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschafter/innen getroffen und einen vorläufigen, noch zu erweiternden Trägerkreis gebildet.

Mit diesem Aufruf fordern wir weitere Initiativen und Organisationen dazu auf, sich am Trägerkreis zur Vorbereitung der Kampagne und der Demonstration zu beteiligen!

Den nach Tschernobyl entstandenen massenhaften Widerstand versuchen die Herrschenden mit Diffamierungen und Kriminalisierung zu spalten und einzuschuchtern. Mit der Großdemo in Hanau wollen wir auch diesem Versuch, von den Gefahren der Atomanlagen abzulenken und einen effektiven, gemeinsamen Widerstand zu verhindern, mit einem breiten Bundnis entgegentreten.

Dazu laden wir Euch herzlich zum bundesweiten Trägerkreistreffen nach Hanau, am 16.8. in die Reinhardtskirche (Nähe Schloß Philippsruh), um 14.00 Uhr, ein.

Dort werden wir gemeinsam einen Demo-Aufruf verabschieden, die Kampagne und die Mobilisierung zur Demo vorbereiten, usw.

Bitte verbreitet diesen Aufruf in Eurer Stadt/Region an alle Initiativen und Organisationen!

Kontakt: *Initativgruppe Umweltschutz Hanau (IUH)*
Nähefahrtsweg 5, 6450 Hanau 7 (Steinheim)
Telefon 06181/6 13 39 (Mo 20-24, Mi 16-20 Uhr)

Spenden: J. Meier, Stadtspark. Hanau (BLZ 506 500 23)
Kto.Nr. 7 179 591, Stichwort „Demo"

SONNTAGSSPAZIERGANG AM AKW KRÜMMEL

**In der AKW-Diskussion haben wir einmal kurz andiskutiert, ob es für uns sinnvoll sei, uns an den Sonntagsspaziergängen um das AKW Krümmel zu beteiligen.
Das einzige, was wir wußten, war aus den taz-Terminen, daß sich jeden Sonntag um 11 Uhr eine Gruppe beim AKW trifft. So entschlossen wir uns, zu zweit an einem Sonntag zum AKW zu fahren, um uns dort die örtlichen Gegebenheiten einmal näher anzusehen. Da noch alles ruhig war als wir ankamen, fingen wir am AKW-Eingang an, die ersten Bilder zu schießen (andere Munition wäre gegen diesen Bau angebrachter).
Das AKW liegt unten an der Elbe und von dort laufen die Stromleitungen zu einem Umspannwerk, das hinter dem AKW auf einem Hügel liegt. Um uns dies UW anzusehen und von oben auch einen besseren Überblick über das AKW zu erhalten, gingen wir also den Berg hinauf. Das erste, was uns oben auffiel, wir waren direkt auf eine Videokamera zugelaufen. Für diejenigen, die sich das UW einmal selbst ansehen wollen: geht also so, daß ihr seitlich ans UW kommt. So könnt ihr euch erstmal die Lage der vielen Videokameras ansehen, ohne gleich selbst im Bild zu erscheinen. An allen Masten, an denen Halogenscheinwerfer angebracht sind, die auch tagsüber brennen, befinden sich Kameras. Die Kameras sind an den Halogenmasten in unterschiedlicher Höhe angebracht und sind so ausgerichtet, daß sie die beiden roten Backsteinblöcke (sehen aus wie Transformatorenhäuschen) im Blickfeld haben. Desweiteren sind die üblichen Kameras, die parallel zum Zaun verlaufen, angebracht.
Wenn mensch von oben herab so auf das AKW-Gelände sieht, fällt besonders auf, daß weit und breit kein Mensch zu sehen ist. Bis auf ein paar PKW's, die auf einem riesigen Parkplatz standen, war vorerst nichts zu sehen. Da hinter diesen Parkplätzen verschiedene Bauwagen (mit Firmenschildern) standen, die unser Interesse fanden, gingen wir auf dem Rückweg hinten um das AKW. Als wir noch ca. 100 m von den Bauwagen entfernt waren, kam schon ein Wagen der Wachmannschaft (tornquist) angefahren, um auf uns zu warten. Wir wurden darauf hingewiesen, daß dies Privatgelände sei und es sofort zu verlassen sei. Dadurch konnten wir leider nicht mehr feststellen, welche Firmen noch an diesem AKW beschäftigt sind.
So kamen wir wieder zum AKW-Eingang, an dem sich inzwischen ca. 15 Personen eingefunden hatten. Sie erzählten uns, daß sie maximal 40 Leute sind und jedes Wochenende so 3-5 Familien da wären. Auf ihre Aktivitäten hier angesprochen, erklärte uns eine Frau, daß sie bisher Flugblätter verteilt haben und mit Anti-AKW-Liedern singend durch die Stadt zum AKW gezogen sind. Desweiteren besuchen sie in Geesthacht die dort stattfindenden Anhörungen und Bezirksversammlungen.**

<u>Unser Fazit:</u>

Für Leute, die gern Anti-AKW-Lieder singen und Flugblätter verteilen wollen, kann Krümmel in Betracht kommen. Es besteht auch die Möglichkeit, auf das AKW-Gelände zu gelangen. Hierbei stellt sich die Frage, was will mensch auf dem Gelände, da durch die 2 Pförtner und die Videokameras sofort Alarm ausgelöst wird. Perspektive keine!

einige AKW-Gegner aus dem Schanzenviertel

AKW Krümmel

AKTIONSWOCHENENDE AM AKW KRÜMMEL AKTIONSWOCHENENDE AM AKW KRÜMMEL

<u>DREI JAHRE KRÜMMEL ' DREI JAHRE ZUVIEL!</u>

**Vor drei Jahren - im September 1983 - nahm das AKW Krümmel seinen Betrieb auf. Noch heute sind Teilerrichtungsgenehmigungen umstritten. Die Sicherheit des für den Reaktordruckbehälter verwandten Stahls ist nach wie vor unter Fachleuten in Frage gestellt. Außerdem wurden nach Zusammenschweißen des Druckbehälters vom TÜV Verunreinigungen in den meisten Blechen und zahlreiche Fehler an den Schweißnähten entdeckt. Dennoch wurde der Kessel eingebaut und die Betriebserlaubnis erteilt!
Nicht erst seit Tchernobyl wissen wir, welche Folgen ein Atomunfall haben kann! Störfälle in AKW's gehören überall auf der Welt zum Alltag. So gibt selbst die Bundesregierung allein für die Zeit zwischen 1982 und 1984 in bundesdeutschen AKW's 427 "Störfälle" zu. Auch am 12.9.86 kam es am AKW Krümmel zu einer Erhöhung der Radioaktivität. Das wurde jedoch als terrestrische Strahlung erklärt! Gemessen an den Grenzwerten der Strahlenschutzverordnung ist die Jahreshöchstmenge an radioaktiver Belastung für die Umgebung von Krümmel und Hamburg allein durch die Folgen von Tschernobyl bereits weit überschritten. Jede zusätzliche Radioaktivität aus dem AKW ist daher ein grober, lebensgefährlicher Verstoß gegen die Strahlenschutzverordnung! Die Höchstmenge für Kinder ist bereits jetzt um das Dreifache, die für Erwachsene um das Zweifach überschritten!
Doch anstatt die AKW's abzuschalten, paßt die Bundesregierung die Grenzwerte den verstrahlten Gegebenheiten an. Eine weitere Erhöhung der zulässigen Höchstwerte ist geplant! Was heute noch gefährlich ist, soll morgen als gesund gelten! Grenzwerte und damit die Gesundheit der Bevölkerung werden wirtschaftlichen Interessen geopfert, denn es geht der Atomindustrie nur um Profit und Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt der Hochtechnologie.**

<u>Wir fordern daher:</u> - Krümmel muß sofort abgeschaltet werden!
- Brokdorf darf nicht ans Netz!
- Sofortige Stillegung <u>aller</u> Atomanlagen!

Diese Zielsetzung kann jedoch nur durch eine starke Anti-AKW-Bewegung erreicht werden. Dabei sprechen wir uns gegen jegliche

Diese Zielsetzung kann jedoch nur durch eine starke Anti-AKW-Bewegung erreicht werden. Dabei sprechen wir uns gegen jegliche Ausgrenzungs- und Spaltungsversuche aus. Es kann einfach nicht darum gehen, bestimmte Aktionsformen zu verteufeln und andere gleichzeitig zum alleinigen, für alle verbindlichen Maßstab zu erheben. Der Widerstand gegen die Atommafia muß vielmehr vielfältig und unberechenbar sein, weil nur so der Preis für die Durchsetzung des Atomprogramms unkalkulierbar wird.

<u>Wir rufen daher auf zum Aktionswochenende am AKW Krümmel mit folgendem Rahmenprogramm:</u>

1.)	24.10.86	19.00 h	Fete in Lauenburg
2.)	25.10.86	11.00-13.30 h	Demo in Geesthacht mit Auftakt und Zwischenkundgebung
		14.00-16.00 h	große Kundgebung am AKW (Nobelplatz), vielfältige Aktionen, Kinderfest, Zeltlager (Wiese am Nobelplatz), Info- und Futterstände etc. und
		ab 19.00	
		ab 19.00 h	Fete in Geesthacht
3.)	26.10.86,	11.00 h	Sonntagsspaziergang am AKW

Die o.g. Aktionen können von Einzelnen, kleinen Gruppen oder BI's durchgeführt werden. Alle kreativen, phantasievollen Widerstandsformen, die eigenverantwortlich zu organisieren sind, werden von allen getragen und akzeptiert! (und beachtet bitte: nicht nur tierisch ernste!)

Wir brauchen aber unbedingt endlich eine Rückmeldung von euch - schriftlich, telefonisch o.ä. Auch wichtig, immer wieder: Planung vor Ort: JEDEN SONNTAG SPAZIERGANG ZUM AKW KRÜMMEL! Treffpunkt: Parkplatz am Pumpspeicherwerk, 11.00 Uhr!
UNTERSTÜTZER, bitte melden bei Uwe, Tel. 04153/2232

EINE "REVOLUTION" DER GANZ FALSCHEN ART

Die direkt repressive Anwendung neuer Technologien ist nur eine Seite der Medaille. Durch die Einführung neuer Technologien und neuer Medien werden sich die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern. Dieser Umbruch kommt einer industriellen "Revolution" gleich. Auch die bereits erwähnte Nutzung des neuen Persos als Kunden- und Kreditkarte bzw. als Benutzerkarte für automatische Dienstleistungen werden die Lebensgewohnheiten der Menschen in der BRD verändern. Es



wird vielleicht keine Kaufhäuser in der heutigen Form mehr geben, da Mensch Dienstleistungen und Güter über Pay-TV oder BTX erwerben kann. Es wird vielleicht keine Schulen in der heutigen Form mehr geben, da Mensch zuhause vor der Glotze das Bildungsangebot wahrnehmen kann.
Auch die Sprache wird sich verändern; der herkömmliche Wortschatz, wie wir ihn heute kennen, wird reduziert auf eine Maschinensprache. Diese Beispiele sind nur ein Teil von dem, was auf uns zukommen kann.

Die, die sich dagegen sträuben, werden über kurz oder lang mitspielen, oder aus dem "gesellschaftlichen Leben" ausgeschlossen werden. Orwells "1984"-Vision ist technisch längst überholt. Der gesammelte Datenverkehr von Wirtschafts-EDV und BTX läuft über die Ortsvermittlung der Post, ähnlich wie beim Telefon. Grundlage dafür ist die Glasfaserverkabelung (BIGFON). In diesen Ortsvermittlungen ist es möglich, sämtliche Daten im Ein- und Ausgang anzuzapfen und in speziellen Datenbanken zu speichern.

In den neuen Gesetzesentwürfen wird den Bullen erlaubt, diese Möglichkeiten wie bisher nur Geheimdienste auszuschöpfen. Mensch muß sich dabei vor Augen führen, daß wirklich alles, vom Einkauf bis zur Bildung über diese Ortsvermittlung läuft und gespeichert werden kann. Stellt Mensch sich dies alles unter den Bedingungen eines seine Möglichkeiten grundsätzlich immer nutzenden staatlichen Machtanspruchs vor, der noch dazu von zwangsneurotischen Figuren vom Schlage Zimmermanns

wahrgenommen wird, so wird der totale, technokratisch-faschistoide Staat immer vorstellbarer. Und zwar mit viel ausgeklügelteren (und weniger offensichtlicheren) Methoden, als je zuvor. Die "braven", "demokratischen" Beamten und Bürokraten werden diese Entwicklung schon durch ihr bloßes Funktionieren im Apparat mittragen.
Neuer Perso, "Sicherheits"-Gesetze, Verkabelung, BTX, Pay-TV, Personalinformationssysteme usw. sind in ihrer Gesamtheit ein komplexer technologischer Angriff auf die Selbstbestimmung unserer Kommunikation, unserer Lebensgewohnheiten. Sie beinhalten eine Expansion von Staat und Kapital in alle Bereiche des täglichen Lebens. Speziell durch "Sicherheitsgesetze" und neuen Perso sind natürlich erstmal die betroffen, die schon direkt mit der Staatsgewalt konfrontiert worden sind. Die als politisch abweichend registriert sind und als "Extremisten" eingestuft werden. Der Staat will in einem viel grösseren Ausmaß infiltrieren, observieren, steuern, kontrollieren, inhaftieren und letztlich psychisch und physisch uns und unsere politische und (sub)kulturelle Identität zerstören.
Klar: Die Durchsetzung dieser Schweinereien wird unsere Möglichkeiten, für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen, entscheidend einschränken. Betrachten wir dies als eine Kampfansage, die jede/n von uns direkt betrifft.

PROTEST...? WIDERSTAND...!!!

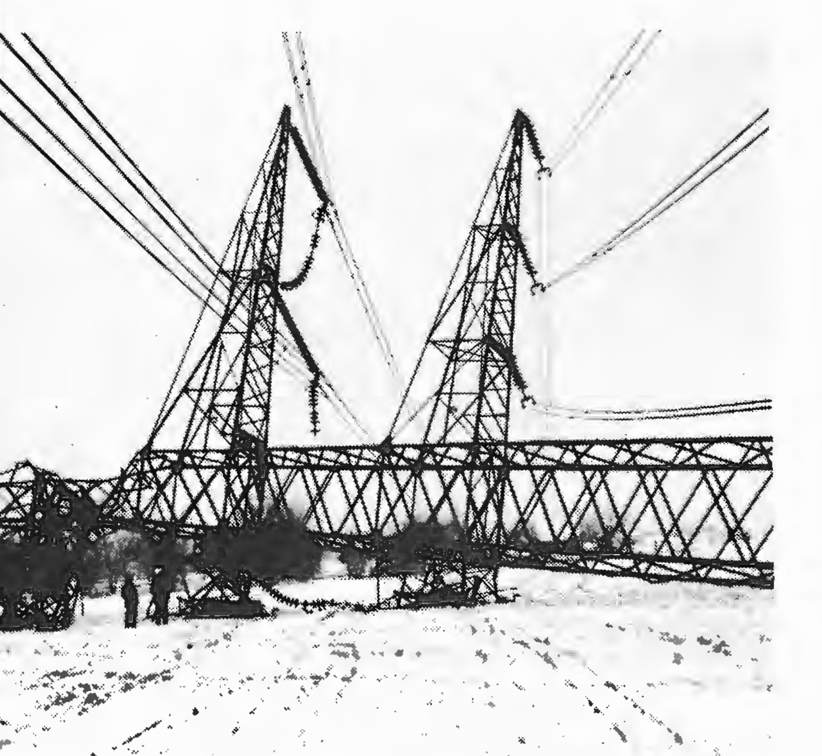
Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenbewegung istes, die vagen Ahnungen der Bevölkerung durch hinreichende Informationen in ein verbreitetes Bewußtsein der Bedrohung umzuwandeln. Da die radikale Linke allein keine Chance haben wird, diesen Angriff zurückzuschlagen, sind wir darauf angewiesen, mit politischen Kräften von grün-alternativ bis linksliberal zusammenzuarbeiten und große Teile der Bevölkerung mit einzubeziehen. Das heißt: Raus aus dem Ghetto und Diskussionen mit Leuten führen, die anders drauf sind als wir bzw. die unsere Positionen nicht so ohne weiteres verstehen wollen; das wird uns viel inhaltliche, technische und organisatorische Kleinarbeit abverlangen. Wir müssen Zweckbündnisse und Komitees aufbauen, in denen Leute aus verschiedenen Richtungen vertreten sind. Es ist eine Bewegung notwendig, dieihre politische Schlagkraft sowohl aus ihrer Massenhaftigkeit als auch aus ihren möglichst wirksam direkten Widerstandsformen entwickelt. Direkt wirksame Widerstandsformen entwickeln sich nicht auf der Grundlage reformistischen Geschwätzes, sondern erfordern von uns die Vermittlung anti-staatlicher Inhalte. Wir müssen also den inhaltlichen Kampf gegen Positionen führen, die meinen, durch Appelle an den Staat irgendwas verhindern zu können. Wir werden darauf achten müssen, uns einer staatlichen Spaltungsstrategie, bei allen unterschiedlichen Meinungen, als Bewegung konsequent zu widersetzen.



Dienstag 30.9.86

Achtung!
Tag X steht an!

Heute kam in den Nachrichten, daß dem Betreiber (Brokdorf) am Freitag dem 3.10.86 die Betriebsgenehmigung zugestellt wird. Laut Auskunft des BUU müssen die dann noch ein paar Filter einbauen und mensch rechnet damit, daß etwa Mitte Oktober der Schweinekram ans Netz geht.
Also, bereitet euch darauf vor, am Tag X raus mit euren ... an die frische Luft



Die Anti-AKW-Initiative Schanzenviertel hat für den Tag X einen Lautsprecherwagen organisiert. Am besagten Tag ist dann um 16.00 Uhr Treffen am Haus für Alle in der Vereinstraße. Es soll dann einen Zug durchs Viertel geben, gedacht auch als Mobilisierung für die um 19.00 Uhr beginnende Großdemo ab Heiligengeistfeld.

Volkszählung.

10 Minuten, die uns helfen, Sie im Griff zu behalten.

Ihr Egon Hölder. Leiter des Statistischen Bundesamtes.

Auch in Hamburg sind die Vorbereitungen zur "Volkszählung '87" bereits angelaufen:

1. Für das zuständige Statistische Landesamt wurden zusätzliche Räumlichkeiten (ca. 2000 qm) im Haus Steckelhörn 11 angemietet.
2. Ab 1. Oktober werden 130 Leute befristet bis Ende 1988 zur Vorbereitung und Durchführung der Zählung eingestellt.
3. In etwa zur selben Zeit beginnt die Suche nach 13.000 (!) ehrenamtlichen Zählern.
4. Noch in diesem Jahr beginnen die Gebäude-Vorerhebungen zur Volkszählung, mit denen allein 30 Leute beschäftigt werden.
5. Ein Netzknotenrechner mit Festplattenspeicher und Datensichtgeräten werden angeschafft.
6. Zwecks Zählerschulung wird ein Video-Lehrfilm produziert, der nach Möglichkeit auch an andere Bundesländer verkauft werden soll: "Angesichts der immer noch negativen Einstellung von Teilen der Bevölkerung zur Volkszählung und im Interesse eines guten und allen Ansprüchen gerecht werdenden Zählungsergebnisses ist es unbedingt erforderlich, daß die Zähler durch eine intensive Schulung optimal auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden."
7. Für das Gebäude Steckelhörn 11 werden besondere Sicherungsmaßnahmen installiert. Begründet werden diese wörtlich wie folgt: "In Anbetracht der hohen Anforderungen, die das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts an die Wahrung des Statistikgeheimnisses stellt, bedürfen diese Räume besonderer Sicherheitsvorkehrungen, zumal auf das Statistische Landesamt in der Silvesternacht 1983/1984 bereits ein Bombenanschlag verübt worden ist. Die Sicherungsmaßnahmen müssen
   - unbefugtes Eindringen in die Erhebungsstelle verwehren und
   - Brandstiftungen von außen verhindern."

(Alle Zitate: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 3.Juni, Drucksache 11/6385)

Der Senat macht hier unfreiwillig deutlich, was es eigentlich mit "Datenschutz" und "Wahrung des Statistikgeheimnisses" nach Lesart des Bundesverfassungsgerichtes auf sich hat, nämlich: **Schutz der Erfassungs- und Überwachungsmaschinerie vor politischem Widerstand aus der Bevölkerung.**

Insgesamt werden nach jetziger Planung in Hamburg 17,5 Mio Mark ausgegeben. Davon sollen 7,4 Mio vom Bund aufgebracht werden.

Volkszählung 1983 - 1987

Stoff für die Computer der Planer und Bürokraten

Nachdem die heftige Diskussion über die neuen Kontrollgesetze abgeflaut ist (siehe auch Flugbl. 1), tritt der grundsätzliche Datenhunger der Behörden wieder in den Vordergrund: Die Volkszählung 87 naht.
Der erste Anlauf nach zehn Jahren scheiterte 83 gründlich.
Nun hat man nachgedacht - Experten befragt, Werbeprofis engagiert - die Volkszählung (VZ) 87 kommt im neuen Outfit aber fast gleichem Inhalt daher.
Jetzt schon darüber reden ?
Natürlich, denn die Betreiber vom Statistischen Bundesamt tun es auch schon. Spiegel- und Illustriertenleser werden mit einer breiten Anzeigenkampagne eingestimmt. Schon jetzt laufen in einigen Bundesländern Probebefragungen, um die Zähler zu schulen und die Bürger erneut an die Prozedur zu gewöhnen.
Nur eines fürchten die obersten Statistiker der Nation: daß der Bürger womöglich einen Zusammenhang zwischen neuem computerlesbaren Personalausweis, Schleppnetzparagraphen und dem gigantischen Datenmaterial, das die VZ liefert, herstellt.
Diese Befürchtungen gilt es zu nähren !

ZUGRIFF AUF DIE BÜRGER - 83 WIE 87

Nach Einschätzung der Humanistischen Union haben die neuen Kontrollgesetze eine ähnliche Bedeutung wie einst die Notstandsgesetze.
"Der Schutz der Daten des Bürgers wird ersetzt durch Befugnisse der Sicherheitsbürokratien zum Zugriff auf die Daten des Bürgers." (Aufruf der HU)
Der Unwillen, der bei den Menschen über die unklare Sammlung und Verwendung ihrer Daten herrscht, kam erstmals massenhaft bei der VZ 83 zum Ausbruch. Zum ersten Mal spielten die enormen technischen Möglichkeiten, die durch die neuen Generationen von Computern den Anwendern zur Verfügung standen, eine entscheidende Rolle in der breiten Diskussion um den Schutz der eigenen Daten. Hatte man bis dahin eigene Angaben nur ungern Behörden, dem Finanzamt oder den Versicherungen gegeben, sollte das nun anders werden.
Nach über 10 Jahren sollte wieder eine VZ durchgeführt werden. Die Phantasie reichte nicht aus, sich vorzustellen, was der Volkszähler in den eigenen vier Wänden alles entdecken würde. Der Staat war eindeutig zu weit gegangen - der Widerstand der Bürger war überwältigend. Nachdem das Bundesverfassungsgericht von den Gegnern angerufen worden war, blieb nur der Ausweg, einige Punkte der VZ als nicht verfassungskonform erklären zu lassen. So konnte man rasch die VZ abblasen, ohne ein noch größeres Fiasko zu erleiden. Denn schon 10 % Datenverweigerer verfälschen die Statistik erheblich, da hier ja keine Hochrechnung betrieben wird, sondern vollständige Ergebnisse erwünscht sind.

BEDENKEN ZERSTREUT ?

Das neue Volkszählungsgesetz wurde korrigiert und "ist so gründlich vorbereitet und im Parlament so ausführlich beraten worden wie kaum jemals ein anderes Gesetzeswerk", so das Statistische Landesamt.
Die Verbindung zu dem Thema "Kontrollgesetze" zeigt sich aber auch hier.

Erst durch das Recht auf 'informationelle Selbstbestimmung', welches das Gericht den Bürgern in gewissen Situationen einräumte, mußte durch neue Gesetzeswerke dargelegt werden, was Priorität hat: die Sicherheit des Staates.
Vorfahrt für die Staatssicherheit meistens und überall dort, wo Gefahr im Verzug ist. Und die ist für die Sicherheitsdienste immer in Verzug.
Also ein Pyrrhussieg für die VZ-Gegner von 83 ?
Jedenfalls bleibt die Hauptkritik an der VZ bestehen: Nach wie vor wird zusammen mit den Daten auch der Name als Merkmal erhoben.
Die allgemeinen Fragen haben sich kaum geändert. Art der Wohnung, Dauer der Erwerbstätigkeit, Religion, all dies ist, wohlgemerkt nicht freiwillig sondern zwingend zu beantworten.
Die Zähler werden also wieder, ausgerüstet mit Listen aus den Meldebehörden, losziehen, um zu überprüfen, was der Staat über uns alle wissen will.
Neue Erkenntnisse über den Wohnsitz der Befragten dürfen jetzt allerdings nicht mehr an die Meldebehörden zurückgegeben werden. Der Melderegisterabgleich entfällt, zumindest auf dem offiziellen Weg. Trotzdem wird zusammen mit jedem Fragebogen der Name des Delinquenten festgehalten (s. Erläuterungen zu § 15 VZ-Gesetz).
Es existieren also Fragebogennummern und Name. Von jedem.

Später soll dann der Name wieder gelöscht werden. § 15 (2) sagt: "Die Erhebungsvordrucke einschließlich der Hilfsmerkmale (= Name, Anm. der Ini) sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes, zu vernichten."
Wann das also sein wird, bestimmen die Behörden. Ein Gummiparagraph erster Güte!
Aber wofür braucht das Statistische Bundesamt die Namen überhaupt ?

ANONYMITÄT NICHT GESICHERT

Angeblich ist der Name für "Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen" notwendig.
Auf gut Deutsch also notwendig, um gegebenenfalls Zwangsgelder gegen das Schweigen einzuleiten. "Widerspruchverfahren und Anfechtungsklagen haben keine aufschiebende Wirkung." (§12(5) VZ-Gesetz) Doch schon jetzt sind mindestens 12 % der Bevölkerung, nach neuesten Umfragen des Statistischen Bundesamtes, wild entschlossen,auch 87 den Mund zu halten und die Zähler ins leere laufen zu lassen.

Der Name wird also erst einmal, vielleicht nur aus Sanktionsgründen, registriert und dann getrennt von den übrigen Daten aufbewahrt.
Doch selbst, wenn die Erhebungsbögen, wie im Gesetz behauptet, vernichtet werden, bleiben die Daten in der EDV. Dort kann man über die "spezielle Kombination von Adresse, Arbeitgeber und den anderen Fragebogeninhalten eine eindeutige Identifizierung der jeweils befragten Person" leisten (G. J. Schäfer).
Über die Nummer des Fragebogens, die im Computer gespeichert ist, läßt sich also der Rückschluß auf den Namen vollziehen.

Da nützt die Erläuterung auf den neuen VZ-Fragebögen: "Der Name wird in keinem Fall auf maschinelle Datenträger übernommen" auch nichts, denn dies ist, wie oben beschrieben, garnicht mehr nötig.
Weiter bemerkt VZ-Kritiker G.J. Schäfer:
"Und nun kommt der letzte 'Schutzwall' des Datenschutzes: Diese Nummern (der Fragebögen, Anm. d. Ini) sollen auch irgendwann gelöscht werden. Zuvor allerdings soll aus der Angabe über Straße und Hausnummer die Blockzugehörigkeit ermittelt werden. Aus dieser Information über die Blockzugehörigkeit ergibt sich, auf welcher Straßenseite, zwischen welchen Straßenkreuzungen die befragte Person wohnt. Danach werden dann die Daten 'Straße' und 'Hausnummer' gelöscht. Das ist allerdings wieder irreführend, denn die Blockzugehörigkeit beinhaltet ja die Information darüber, in welcher Straße die befragte Person wohnt. (...) Wer wohnt schon im gleichen Block, hat die gleiche qm-Zahl Wohnfläche, gleiche Kinderzahl..., gleichen Familienstand ?

PLANSPIELE

Aber wie schon 83 wird die Diskussion um die VZ auch weitergreifend zu führen sein.
Der Sinn und Unsinn von Statistiken läßt sich nur über die Verwendung der Daten beantworten.
Wer weiß, wie heute Soziologen in allen Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung ihre computergesteuerten, soziographischen Simulationsmodelle (z.B. Rentenberechnungen, Einführung des Mutterschaftsgeldes) betreiben, wird sich über den Nutzen einer VZ für uns alle keine Illusionen machen.
Auf dem Hintergrund, daß seit Mitte der 70er Jahre immer mehr Menschen aus den vorhandenen Statistiken rausfallen, werden neue Zahlen in konzentrierter Form benötigt. Deshalb z.B. Fragen nach der Arbeitslosigkeit, denn die offiziellen Zahlen weisen riesige Dunkelziffern auf.
Auch die Sozialversicherungsnummer als Hauptmerkmal greift nicht mehr umfassend. Der Bereich der Schwarzarbeit, Subunternehmertum und anderer alternativer Beschäftigungsformen nimmt ständig zu.
Die chronische Angst der Behörden, daß ihr Verwaltungsalltag eigentlich nicht mehr ganz die Realität der Gesellschaft widerspiegelt, führt zu den omnipotenten Wünschen nach einer exakt ausgeleuchteten Gesellschaft.

DER TRANSPARENTE BÜRGER

Die Richtung eines Systems, das alles Wissen über die Bürger besitzt, hat am deutlichsten der ehemalige BKA-Chef Horst Herold aufgezeigt:

"Aber meine Hoffnung gilt dem Computer als einem gesamtgesellschaftlichen Diagnoseinstrument. (...) Ich kann ständig wie ein Arzt - deshalb das Wort gesellschaftssanitär - den Puls der Gesellschaft fühlen. (...) Wir müßten zunächst einmal die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehrdimensional verknüpfen können. Die heutige Technik würde das bewältigen." (H. Herold in der Zeitschrift "Transatlantik")
Seine Wunschträume setzen andere in die Tat um. Es gibt keine Veranlassung für die Annahme, der Datenschutz könne verhindern, daß die Daten der VZ 87 auf Terminals landen, wo schon heute die soziale Krise der 90er Jahre, bei steigender Arbeitslosigkeit, sozialpolizeilich

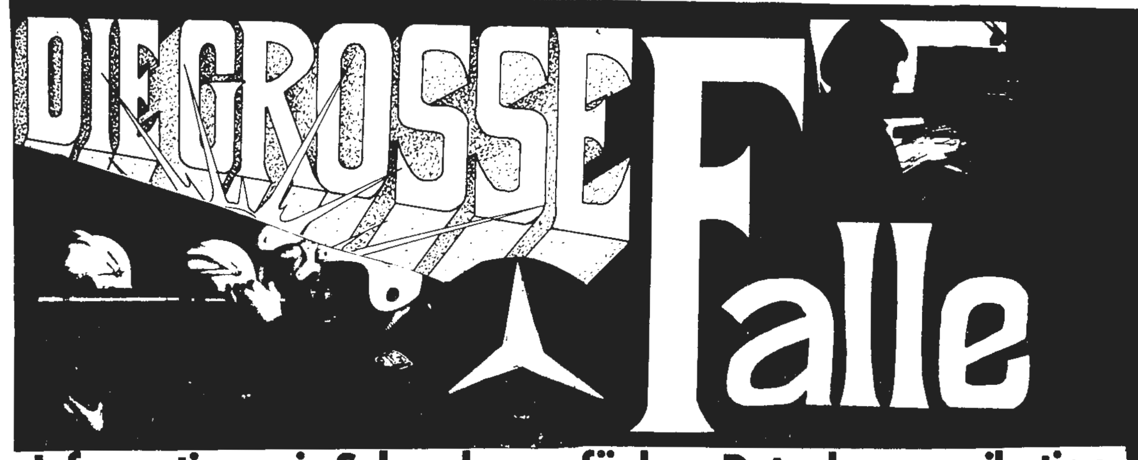
bewältigt wird. "Nicht nur der im gewöhnlich illegalen Verwaltungsalltag betriebene Datenmißbrauch, sondern gerade der gesetzliche Gebrauch des Zahlenmaterials ist bedenklich. (...) Ist die Versuchung nicht gegeben, den einmal zum Merkmalsprofil geronnenen Menschen zu begradigen, wie die Statistiker es nennen ?" (Götz Aly und K.H. Roth in 'Die restlose Erfassung', Berlin 1984)
Die VZ 87 soll einen aktuellen Querschnitt durch das Erscheinungsbild dieses Landes liefern. Wer das Wissen und die politische Macht hat, kann Entscheidungen treffen, sie durchsetzen und den Widerstand unter Kontrolle halten.
Es soll doch keiner glauben, daß durch mehr Daten wohnungspolitische oder andere soziale Entscheidungen anders fallen als bisher (vgl. Erläuterungen zum VZ-Fragebogen). Die Maßnahmen werden vielleicht genauer sein und tiefer greifen. Aber der Charakter der Politik wird der gleiche bleiben.

VZ-DATEN ALS SOZIALSTEUERUNG

Zusätzlich wird 87 auch wieder die mit der VZ verbundene Betriebsstättenzählung durchgeführt. Veränderte Strukturen bei Klein- und Mittelbetrieben sowie der kaum erfaßte Bereich der Heimarbeit könnten eine neue Entwicklung der Beschäftigtenstruktur andeuten. Hier sollen Daten ermittelt werden, die für die weitere Planung der 'INFORMATISIERUNG DER GESELLSCHAFT' (G.J. Schäfer) im Zeitalter der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nützlich werden können.
Gerade die Gewerkschaften sollten bei diesen Aspekten der VZ 87 hellwach werden.
Viele Formen der flexibilisierten Arbeit ermöglichen es neuen Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben, die Abrufbarkeit des Faktors 'menschliche Arbeit' ohne langfristige Sicherheit für den Arbeitnehmer voranzutreiben. Hier kann die VZ 87 sicher auch eine Akzeptanzanalyse liefern und besorgt Datenmaterial für neue gesetzliche Regelungen, um von Regierungsseite weitere Maßnahmen wie schon bei der Einführung der begrenzten Arbeitsverträge einzuleiten.
Gerade bei den Veränderungen, die die neuen Technologien bis in die 90er Jahre hinein in der Gesellschaft auslösen werden, sind aktuelle Daten für die Planer und Bürokraten notwendig. Die sozialen Auswirkungen einer völlig mit Datenleitungen vernetzten Berufswelt auf die sozialen Verhältnisse der Menschen ist im Moment von den Krisenplanern noch schwer auszurechnen. Gerade VZ-Daten liefern die breite Basis, um gesellschaftliche Gruppen zu erfassen, einzuordnen und auszusondern. Je komplizierter die Gesellschaftsstruktur, desto perfekter muß ein neues Sozialinformationssystem als Überwachungssystem funktionieren. Die VZ 87 könnte diese Funktion erfüllen.

Zusammen mit den angesprochenen Kontrollgesetzen und dem neuen computerlesbaren Personalausweis, der ja auch 87 eingeführt werden soll, wird das Recht des Einzelnen weiter in den Hintergrund treten zugunsten der Rechte der Sicherheitsdienste und Statistiker.
Das kann eigentliche nur bedeuten, "über die begrenzte Sichtweise des Datenschutzes hinauszukommen und den Gebrauch von Daten, auch der anonymen Daten, in Frage zu stellen." (Reader zum I.u.K.-Kongreß in Hamburg)
Da gilt es heute schon den Ankündigungen von Egon Hölder, Leiter des Statistischen Bundesamtes, "Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier" deutliches Mißtrauen entgegenzusetzen.
Denn wenn es wirklich unser Bier ist, sollte eigentlich jeder die Einladung von Egon Hölder zur VZ 87 mit gutem Gewissen ausschlagen können.

"Don't drink with a stranger." (Irisches Sprichwort)



Informationen in Sekunden verfügbar: Datenkommunikation

1. Mai 1991...
Wegen zu erwartender "Ausschreitungen" extremistischer Erwerbslosengruppen hat die Polizei an allen Zugängen zum Sammelplatz der 1.Mai-Demo Kontrollstellen errichtet. In Sekundenschnelle werden maschinenlesbare Personalausweise in mit mobilen Datenfunkgeräten gekoppelte Lesegeräte eingeschoben, auf Bildschirmen erscheinen detaillierte Angaben, die eine evtl. Zuordnung der betroffenen Personen in "Risikogruppen" oder "Störerpotentiale" ermöglichen. Damit können diese durch eine "Festnahme auf der Grundlage des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes" aus dem Verkehr gezogen werden und es kann registriert werden, wer wann wo mit wem mit welchen Sachen gegriffen wurde. Das ist allemal gezielter und unspektakulärer als massive Polizeigewalt gegen ganze Demozüge, die im übrigen zu "unerwünschten Solidarisierungen" führen kann.
Wer es dennoch schafft, sich an irgendwie gearteten "Ausschreitungen" zu beteiligen, hat zumindest die Gewißheit, durch die lückenlose Video-Überwachung der Demo über den automatischen Abgleich mit seinem digital gespeicherten Foto identifiziert zu werden. (Dazu gibt es schließlich das Vermummungsverbot)
Gruppen, die durch radikale Parolen oder Transparente auffallen, werden gegebenenfalls mal eben als ganze registriert, das gibt wieder einige weitere Maschen im Fahndungsschleppnetz, das zum Beispiel nach dem nächsten Anschlag auf die örtliche Industrie- und Handelskammer im immer weniger Trüben fischen wird. Ex-BKA-Chef Herold weiß, was er sagt:"Wir kriegen sie alle."

TECHNOLOGIE SOZIALER KONTROLLE

EDV (Elektronische DatenVerarbeitung ist im wesentlichen: Eine Technologie zur Speicherung und Verarbeitung von
1.) fast unbegrenzten Mengen von Einzelinformationen, die
2.) vereinheitlicht digital gespeichert und übermittelt werden.

Damit erfüllt EDV für jene, die über sie verfügen, zwei gesellschaftliche Hauptfunktionen:
1.) effektivere Überwachung und Kontrolle durch das Sammeln und Anwenden personenbezogener Daten in den Apparaten von Staat und Kapital;
2.) Rationalisierung von Informationsverarbeitung und Kommunikation in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Verwaltung, Finanzwesen, Handel, Verkehr, Betriebsorganisation usw.).
EDV-Systeme sind fast beliebig erweiterbar, weil sie durch simple Telefon- oder Funkverbindungen miteinander standardisierte Daten austauschen können. Die Entwicklung zum totalen Computerstaat ist deshalb ein schrittweiser Prozeß, der seit den 70er Jahren durch die Einführung immer, sich ergänzender Einzelsysteme vorangetrieben wird. Ein Staat, der politisch oder sonstwie abweichendes Verhalten bekämpfen will, benötigt vor allem zentral gesammelte Informationen über seine evtl. Gegner,, die jederzeit schnell verfügbar sein sollen. (die Informationen, obwohl lieber doch die Gegner!)
Die in den letzten Jahren ausgebauten Dateien von Bullen (INPOL) Verfassungsschutz, BND (NADIS), MAD, Kraftfahrtbundesamt (ZEVIS), Meldeämtern, aber auch Sozial- und Finanzämtern, sowie Dateien der "freien Wirtschaft" sollen durch den EDV-Perso für die tägliche Bullenpraxis zugänglich und anwendbar gemacht werden.
Dabei funktioniert der Personaldatencode der Plastikkarte als Abrufcode für die Gesamtheit der gespeicherten Daten der/des Betroffenen, die dann sofort in entsprechende Bullenmaßnahmen umgewandelt werden können. Insbesondere die sog. "beobachtende Fahndung" mit Hilfe der ins INPOL-System integrierten BEFA-Datei (betreffend "Verdächtige" aller Art), die bisher nur an Grenzübergängen durchgeführt wurde, kann dann im Inland (bei jeder Personalienkontrolle) drastisch ausgeweitet werden.
Neben der Verkürzung der Kontrollen durch das neue Verfahren, die dadurch wesentlich häufiger möglich werden (je nach Bedarf auch gleich massenhaft), steigt auch deren Nutzbarkeit fü für die Bullen.
Jede einzelne Kontrolle kann mit Orts- und Zeitangabe zur Erstellung eines individuellen "Bewegungsprofils" abgespeichert werden.
Das bedeutet: RASTERFAHNDUNG als gesellschaftlicher NORMALZUSTAND!

Für das private Kapital ist der EDV-Perso ein staatliches Geschenk das zur Rationalisierung und verschärften Kontrolle der Lohnabhängigen und Ve braucher benutzt werden könnte:
- als betriebliche Legitimationskarte oder gar eine weiterentwickelte Stechkarte;
- als Kunden- oder Kreditkarte;
- als Benutzerkarte für automatisierte Dienstleistungen aller Art usw.

Durch den Einsatz von EDV-Systemen in Verbindung mit dem Computer-Perso könnten in den nächsten Jahren Millionen von Arbeitskräften bzw. deren Löhne und Gehälter "eingespart" werden.

VOLKSZÄHLUNG!?!?

Die Funktion der "Volkszählung" besteht nicht nur darin, Verwaltungs- und Kontrolldaten zu erheben, sondern sie dient z.B. auch zur Lokalisierung von bestimmten Arbeitskräftegruppen, Kaufkraftschichten, "sozialen Brennpunkten", für Wirtschafts-, Verkehrs-, Städtebauplanung usw. Sie liefert die Grunddaten für ein effektiveres Funktionieren der Profitschöpfung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.
Der "Mikrozensus" (kleine Volkszählung) ist in erster Linie ein Test, inwieweit sich das Volk widerstandslos zählen bzw. aushorchen läßt.

In einem weiteren Gesetzesentwurf soll eine "Amtshilfe zwischen Sicherheitsbehörden" geregelt werden (das ZAG, Zusammenarbeitsgesetz). Ein Datenaustausch zwischen den Geheimdiensten einerseits und der Polizei (einschließlich BKA und BGS) und den Strafverfolgungsbehörden andererseits wird zulässig. Damit wird die aus den Erfahrungen mit der Gestapo entstandene und zu Verfassungsrecht erhobene Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgehoben.
Über Computer abgefragt werden kann dann eine Fülle von Daten über uns, bzw. über die kontrollierten Leute, die in den Dateien der verschiedenen Behörden gespeichert sind. Dazu soll dem verfassungswidrigen und bis dahin illegalen Austausch zwischen den Behörden und den "Sicherheits"-Apparaten, der schon seit Jahren praktiziert wird, eine gesetzliche Grundlage gegeben werden.
In dem neuen Bundesverfassungsschutzgesetz soll der uneingeschränkte Datenfluß aus der öffentlichen Verwaltung an den Verfassungsschutz legalisiert werden, selbst ohne konkreten Tatverdacht.
Das Straßenverkehrsgesetz soll dahingehend geändert werden, daß das Kfz-Bundesamt in Flensburg und die kommunalen Kfz-Zulassungsstellen faktisch zu Außenstellen der Bullerei werden und deren Datenzugriff offenstehen.
Der MAD soll die bisher fehlenden rechtlichen Regelungen erhalten, mit denen ihm die gleichen Befugnisse wie dem Verfassungsschutz eingeräumt. Das heißt, er darf auch im zivilen Bereich tätig werden, wenn er meint, die Belange der BW seien beeinträchtigt. Seine bisher illegale Zersetzerkartei kann dann nicht mehr beanstandet werde.



IHRE LEGALITÄT - UNSERE ILLEGALITÄT???

Beschlossene Sache ist nun, daß 1987 ein neuer, fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweis eingeführt werden soll. Das heißt, ab dann werden die alten Ausweise nicht mehr verlängert. Zusätzlich soll 1988 der ebenfalls maschinenlesbare Europa-Paß eingeführt werden. Zusammen mit den beiden Ausweisgesetzen ist die Einführung des § 163 d STPO vorgesehen. Dieser beinhaltet, daß bei Großfahndungen (Schleppnetzfahndung) "im Falle besonders schwerer Straftaten" die Daten der kontrollierten Personen, auch wenn kein konkreter Tatverdacht besteht, über 6 Monate archiviert werden dürfen (erfahrungsgemäß aber so lange wie sie wollen). Dabei ist die Chance größer, daß während einer solchen Fahndung diverse "Straftäter" unterschiedlicher Art ins Netz gehen, anstelle der Person/en, zu deren Ergreifung die Datenspeicherung dienen soll. Für derartige großrahmige Kontrollen ist der maschinenlesbare Perso eine entscheidende Erleichterung.

Nach 1949 sollte durch dieses Trennungsgebot eine erneute zentralistische Machtkonzentration verhindert werden. Den Geheimdiensten standen bisher, auch wenn sie sich nicht daran hielten, keine polizeilichen Befugnisse zu, während die Polizei keine nachrichtendienstlichen Mittel anwenden durfte. Das wird sich nun ändern.
In enger Verbindung mit den erwähnten Gesetzesentwürfen steht der "Musterentwurf für einheitliche Polizeigesetze des Bundes und der Länder". Durch diese Bestimmungen soll die Polizei Befugnisse erhalten, die bisher den Geheimdiensten vorbehalten waren. Die Tätigkeit der Polizei ist nicht mehr auf "Gefahrenabwehr" beschränkt, sondern auf "Vorsorge zur Gefahrenabwehr". Das heißt, sie kann ohne konkreten Tatverdacht V-Leute und Kripo-Bullen als verdeckte Ermittler einsetzen. Dabei darf sie die Daten von "Verdächtigen" (Beobachteten) Personen, die ihr wichtig erscheinen, ein Jahr lang speichern und nutzen.

TERMINE

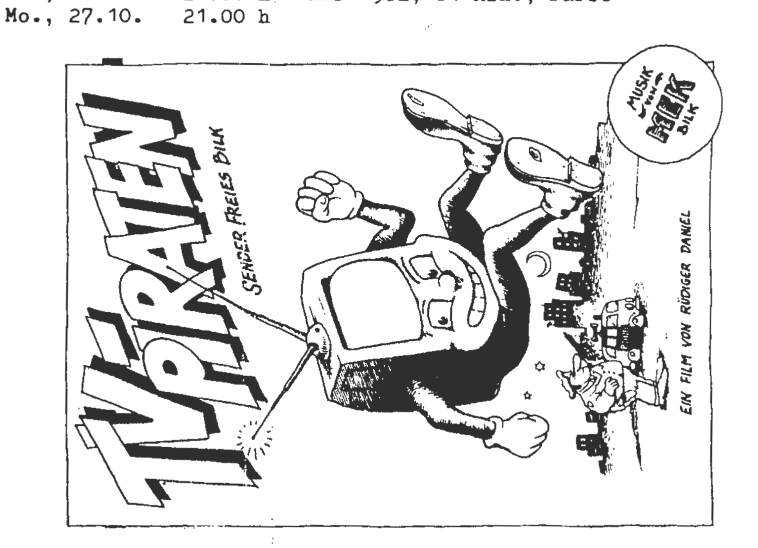
LITERATURLABOR

Sa., 4.10.	20.00 h	Eintritt DM 3,--	Und wo bleibe ich? Ursule Eisenberg liest aus ihrem Buch. Vom sechsten Schwangerschaftsmonat bis zum dritten Geburtstag - ein fiktives Tagebuch
Sa., 11.10.	20.00 h	Eintritt DM 3,--	Die gläserne Gesellschaft Peter Heusch. Der Autor und Regisseur stellt sein neues Stück vor.
Sa., 18.10.	20.00 h	Eintritt DM 3,--	Poetronic Peter Glaser. Vollautomatische Autorenlesung.
Mi., 22.10.	20.00 h		Reihe: Literatur und Alkohol Verrisse - Gäste - Unterhaltung
Sa., 25.10.	20.00 h	Eintritt DM 3,--	Besessen von mancherlei Dingen Maria Nicolini liest Prosa und Lyrik. "In was für einem Land leben wir eigentlich, könnte sie jetzt denken, da kommt man an eine Grenzstation, man befindet sich sozusagen in einer Randlage, zwei Menschen sind ohne Geld, oder fast ohne Geld, aber es gibt keine Bahnhofsmission. Doch Gertrud denkt nicht."
Fr., 31.10.	???		Anonyme Autoren Bitte Texte mitbringen - getippt, Ohne Absender - Ihr schreibt. Wir lesen.

DUCKENFELD

Medienberatung und Vermittlung
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

Sa., 4.10. So., 5.10. Mo., 6.10.	21.00 h 21.00 h 21.00 h	"Ärger im Paradies (Trouble in Paradise)" Regie: Ernst Lubitsch USA 1932, 80 Min., s/w
Sa., 11.10. So., 12.10. Mo., 13.10.	21.00 h 21.00 h 21.00 h	"Freitag und Robinson" Regie: Jack Gold GB 1975, 115 Min., Farbe
Sa., 18.10. So., 19.10. Mo., 20.10.	21.00 h 21.00 h 21.00 h	"Angst essen Seele auf" Regie: Rainer Werner Fassbinder BRD 1974, 93 Min., Farbe
Fr., 24.10. Sa., 25.10. So., 26.10. Mo., 27.10.	21.00 h 21.00 h 21.00 h 21.00 h	"TV-Piraten" Regie: Rüdiger Daniel BRD 1982, 84 Min., Farbe



TERMINE



DAS PICCOLOTHEATER HAMBURG

Leitung: Gerd D. Samariter

Juliusstraße 13-15 · 2000 Hamburg 50 · Telefon 040/43 53 48

OKTOBER 1986

Mi. - Sa. plus So.	20.30 h 18.00 h	"Das Jahrmarktsfest zu Plunderweilern" Komödie von Peter Hacks nach J.W. Goethe mit Felicitas Hanack, Oliver Jacobs und Gerd D. Samariter
ab 8.10. tgl. Mi. - Sa.	21.15 h	"Eine gebrochene Frau" Von Simone de Beauvoir mit Angela W. Röders.

KINDERHAUS-BUCHVERÖFFENTLICHUNG

Als es geschah, war ich noch ein Kind

Eine neue deutsche Logik: man konnte es ja gar nicht wissen, was damals mit den Juden geschah und den anderen Opfern des NS-Regimes. Man war ja zu klein. Und heute als Erwachsener — da gehört man zu einer neuen Generation, die das ganze nichts mehr angeht (auch wenn es einem natürlich leid tut). Am besten trägt man diese Logik auf Staatsbesuch in Israel vor.

Diese Logik ist nicht die unsere. In einem Land, in dem dies geschehen ist, kann man auch nach vierzig Jahren nicht zur Tagesordnung übergehen. Zumal es immer noch Rassenhaß gibt, der sich auf unsere ausländischen Mitbürger ergießt, und die typisch deutsche Intoleranz gegen alles, was anders aussieht, anders denkt.

Deshalb erscheint demnächst unser erstes antifaschistisches Kinderbuch:

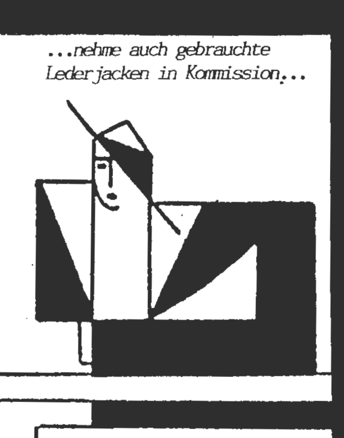
DAS KIND IM KOFFER

Eine Geschichte aus dem
Konzentrationslager Buchenwald
17 ganzseitige Aquarell-Zeichnungen
ca. 60 Seiten, Format: 25 x 35 cm
Kartonierter Umschlag

Das Buch schildert die wahre Geschichte eines Kindes, das im Konzentrationslager Buchenwald von den Gefangenen versteckt wird — und überlebt. Für Erwachsene ist sie bereits erzählt worden (Bruno Apitz, Nackt unter Wölfen). In ihrem Mittelpunkt steht ein kleines jüdisches Kind und viele Antifaschisten, denen das Überleben dieses Kindes wichtiger als alles andere war. Die Geschichte ist auch für Kinder geeignet — wir haben sie schon oft im Kinderhaus erzählt. Sie verschweigt nicht die Schrecken des NS-Regimes, zeigt aber, daß es auch in jener Zeit kleine Siege der Menschlichkeit gab. Eine Geschichte, die erzählt, wie es war und trotzdem Mut macht. Die zeigt, daß man sich gegen Unrecht zur Wehr setzen kann und dabei sogar gewinnen kann.

Den Text entwarf Ilse Burfeind, die im Kinderhaus mit Vorschul- und Schulkindern gearbeitet hat. Das Buch ist versehen mit vielen ganzseitigen Aquarell-Zeichnungen von Sylvia Hebisch. Es eignet sich zum Vorlesen für Vorschulkinder wie auch für jüngere Schulkinder. Es wird begleitet von einem Vorwort für Erwachsene von Jürgen Moysich vom Kinderhaus und einem Nachwort von Malte Dahrendorf.

Das Buch erscheint im Oktober 1986 und wird etwa DM 20,- kosten.









Unser Laden ist wie jedes Jahr
zur Buchmessenzeit voll mit
neuerschienenen Büchern.
Einige sind echt vom Feinsten
und können wir heiß empfehlen.
Wenn Helmut da ist, gibt es
für die Kunden auch oft Kaffee!
Kekse sind mitzubringen.

SCHANZENSTR 59 2000 HAMBURG 6
TEL.4396832 (SPIELE) 4300888 (BÜCHER)
MO.-DO. 9:30-18:00 FR. 9:30-18:30 SA. 10:00-14:00

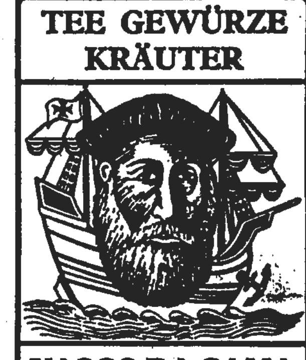






Mo bis Fr - 16.oo-o1.oo Uhr
Sa, So - 12.oo-o1.oo Uhr



-Tee-Tee-Tee-
Jetzt eingetr.
Darjeeling
Rungly Rungliot
125g 10.50dm
250g 19.90dm
Mary Hope
125g 9.90dm
250g 18.90dm
Beide F.flush
TGFOP super Qualit.
Sri Lanka
Sambohdi-Tippy
125g 5.90dm
250g 9.90dm
Ein Spitzen-Hoch-
landtee!





Buchladen Rosa Luxemburg
Margaretenstr. 58 2 HH 6
Tel 4300709, 10⁰⁰-14⁰⁰ 15⁰⁰-18⁰⁰ Mo-Fr



Jazz
Rock
Funk
New Wave
Maxi's
Soundtracks
Punk
Klassik
Raritäten / Orginale

Second Hand Schallplatten
von bester Qualität
zu niedrigen Preisen.
Ideal für Liebhaber guter Musik

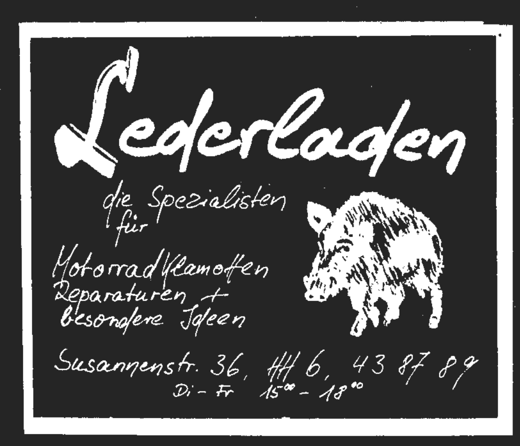
SONDERANGEBOTE
ca 1000 LPs je DM 6.-
Täglicher Ankauf ...auch von CD-Platten
Schulterblatt 78, 2 Hamburg 6,
☎ 040 /439 21 55
Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr





Atelier Schanzenstr. | Atelier Schanzenstr.

Kurse in MALEN und ZEICHNEN
gibt Malerin Christine Lange-Pelzer
in ihrem Atelier
... auch für Anfänger kein Problem
... kostenlose Probestunde möglich
... einfach mal vorbeikommen oder tel.
Schanzenstr. 69, 2 HH 6, Tel. 493 111





ADRESSEN



Ausländer

Spanischer Elternrat
Margarethenstr. 50
Tel.: 43 20 52
Mo. 16-18 Uhr
Mi. 10-12 Uhr
Fr. 14-19 Uhr

TÜRK DANIS
Ausländerberatungsstelle der AWO
Vereinsstr. 30
Tel.: 439 22 34

HAUS FÜR ALLE
Beratung für deutsche und ausländische Nachbarn
Vereinsstr. 25
Tel.: 43 25 96
Mo.-Do. 14-18 Uhr
Fr. 14-17 Uhr

Arbeitslose

CAFE MÜSSIGGANG
Arbeitslosenzentrum
Lindenallee 31
Tel.: 439 24 66
Mo.-Fr. ab 10 Uhr

Erwerbslosen- und Jobberinitiative
Balduinstr. 22
Tel.: 31 25 26
Di. 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück
Di. 19 Uhr Offener Abend

Frauen

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 43 35 11
Mo.+Do. 19-22 Uhr (sonst Anrufbeantworterin)

Dolle Deerns e.V.
Juliusstr. 16
Tel.: 439 41 50
tgl. 10-17 Uhr
Mi. 16-18 Uhr (Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen)

Frauen-Selbsthilfeladen
Marktstr. 27
Tel.: 439 53 89
Di. 17-18.30 Uhr
Do. 12-13.30 Uhr

Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
Tel.: 43 63 77

Frauenbildungszentrum
Denk(t)räume
Grindelallee 43
Tel.: 45 06 44
Mo.-Do. 13-19 Uhr

Frauenmitfahrzentrale
Grindelallee 43
Sauerberghof
Tel.: 45 05 56
Mo.-Fr. 10-12.30 + 14-18 Uhr

Frieden

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Peter Hansen
Margarethenstr. 39
Tel.: 439 44 46
Mi. 20 Uhr Margarethenkneipe

Haus für Alle

Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Vereinsstr. 26
Tel.: 439 80 21
Mo.-Fr. 10-13 + 14-16 Uhr

Indianer

UNAI
Unterstützungsgruppe für nordamerikanische Indianer
c/o Gertraud Tel.: 43 47 27
c/o Goffy Tel.:439 75 51

Karolinen-Inis

Stadtteilinitiative Karolinenviertel
Mi. 20 Uhr Café Partout
(Marktstr. 21a)

Karolineninitiativen gegen Sanierungsschäden

Ausländerini
Türkisches Volkshaus
Glashüttenstr. 1
Tel.: 439 13 11

Internationaler Treffpunkt
Karolinenstr. 8
Tel.: 439 36 93 oder
Tel.: 43 23 93 (Pastor Winde)
Do. 19 Uhr

Karolineninitiative
c/o Michael Graff
Glashüttenstr. 85a
Tel.: 43 52 49

AG Karolinenviertel
(Kinder- u. Jugendarbeit)
c/o Dietmar Schimkat
Grabenstr. 28
Tel.: 439 25 82

Interessenvertreter im Sanierungsbeirat für Künstler
Heiner Studt
Tel.: 439 18 00 o. 47 99 98

Kultur

DUCKENFELD
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
Ölkersallee 64
Tel.: 439 34 13

Kulturverein Schanzenviertel
Margarethenkneipe
Margarethenstr. 33
Tel.: 43 57 11

LITERATURLABOR
Lindenallee 40
Tel.: 43 59 26

Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 7
Tel.: 439 28 82

Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstr. 130a
Tel.: 439 72 51
Mo.-Do. 18-19 Uhr

Kinder + Jugend

Kindersorgentelefon
Margarethenstr. 41
Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstr.
Heinrichstr. 14a
Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e.V.
Bartelsstr. 65
Tel.: 43 68 55

Kinderglück e.V.
c/o Johanna Michaelis
Beckstr. 4
Tel.: 439 35 15

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39
Tel.: 43 76 44

Bauspielplatz im Schanzenviertel
c/o H. Meyer
Tel.: 43 28 19

Freies Kinder- u. Stadtteilzentrum e.V.
Bartelsstr. 7 und 27
Tel.: 439 44 43

Hamburger Elterninitiative Kindergärten und Kindertagesgaststätten
c/o Dagmar Bernhardt
Agathenstr. 2a
Tel.: 410 48 71

HILFE FÜR ALKOHOLGEFÄHRDETE KINDER U: JUGENDLICHE e.V.
Thadenstr. 22
Tel.: 439 21 12

Mieter

Mieterinitiative Schanzenviertel
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45
Tel.: 43 43 23
Mo. 18-20 Uhr Beratung im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Mieter helfen Mietern
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 55 05
Mo.-Do. 10-18 Uhr
Fr. 10-16 Uhr

Mieterinitiative St. Pauli Nord
Wohlwillstr. 28
Di. 18-19 Uhr

Mieterinitiative Karolinenviertel
Sternstr. 39
Di. 20 Uhr

Initiative für den Erhalt und Selbstverwaltung der Jägerpassage
Mi. 20 Uhr (Stattbau, Bleicherstr. 2)

Parteien

DKP Schanzenpark
c/o Werner Bernhardt
Tel.: 410 48 71

DKP-Gruppe Fettstraße
c/o Ulrike Wurstner
Tel.: 439 86 07

DKP Schulterblatt
c/o Dieter Wilde
Tel.: 43 26 15

GAL-Büro
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91 +
439 54 16

GAL-Stadtteilgruppe Schanzenviertel
Mo. 20 Uhr (Haus f. Alle)

GAL-Eimsbüttel
Müggenkampstr. 30a
Tel.: 40 40 10
jeden 1. Fr. 18 Uhr Neuentreff

GAL-Stadtteilgruppe St. Pauli
Neuer Pferdemarkt 30
Tel.: 43 88 49
Termine erfragen

Sozialistisches Büro HH
Altonaer Str. 28
Tel.: 43 32 89
jeden 1. Mi. 18-20 Uhr

Schanzenrasseln

SCHANZENRASSELN
- alt bis jung -
jeden 2. Sa. ab 16 Uhr Kaffeetrinken u. Klönscnack mit Filmen und Dias im Kulturverein Margarethenkneipe;
jeden Fr. 14-17 Uhr im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Schwule

GAL-Fachgruppe Rosa Biber
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91
Mo. 19.30 Uhr

Schwusel
c/o Tuc-Tuc
Ölkersallee 5
Tel.: 43 46 47
Do. 19-21 Uhr

Staatsmacht

Bürger beobachten die Polizei
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46
Do. 18-20 Uhr

Ini gegen den Überwachungsstaat
Mo. 20 Uhr (Kinderzentrum Bartelsstraße)

Anwaltlicher Notdienst
Tel.: 511 88 48
Mo.-Fr. 18- 8 Uhr
Sa.+So. 0-24 Uhr

Umwelt

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46

Robin Wood
Neernstweg 32
Tel.: 390 95 56

Stromzahlungsboykott (STROBO)
Neernstweg 32
Tel.: 390 95 56

Anti-AKW-Ini Schanzenviertel
Di. 20 Uhr (Haus f. Alle)

Bürger gegen Tierversuche
Bartelsstr. 11
Tel.: 439 11 11

Initiative zur Verkehrsberuhigung Langenfelder Straße
c/o otto Klick
Ölkersallee 43

Wohnungslose

Ambulante Hilfe e.V.
Lippmannstr. 59
Tel.: 430 10 09
(Beratung u. Hilfe für Obdachlose)

Zeitung

Stadtteilzeitung
'SCHANZENLEBEN'
c/o 'Die Druckerei'
Schanzenstr. 59
Tel.: 430 08 88

Impressum

Schanzenleben erscheint monatlich

Verleger: Schanzenleben-Kollektiv, seßhaft im Schanzenviertel

Druck: Schwarzweiß-Druck & Co.

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.bin. PG: Michael Schanze

(Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung)

Zentraladresse für Manuskripte, Leserbriefe, Fotos, Kleinanzeigen, Termine:
Initiative Stadtteizeitung
"SCHANZENLEBEN"
c/o Die Druckerei
Schanzenstraße 59

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Gewähr (Rückporto beilegen).

Regionale Redaktionen:

O.F., Schulterblatt 63

Furio, Schanzenstr. 87

Biber, Juliusstr. 29a